

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glied-Mit.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat.  
1,50 Mk. pro Quartal.  
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.  
Einzelne Nummern 1 Mark.

Vereins- und Versammlungs-Anzeigen kosten die siebenpfennige  
Postolenzelle oder deren Raum 25 Pf., im redaktionellen Teil 1 Mk.  
Geschäftsanzeigen werden nach Erledigung der laufenden Aufträge  
nicht mehr aufgenommen.

Telephone-Nr. 08. Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphen-Preise  
Verband Bochum.

Unterlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.  
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bochum.  
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhäuserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Unsere an einem  
bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Ausnahme gelangen.

# Der Gewaltaft der Ruhrgrubenbesitzer vor dem Reichstag.

In den letzten beiden Tagen, bevor der Reichstag in die Weihnachtsferien einzog, hat er sich noch mit den vorgelegenen Interpellationen, die Frage des Arbeitsnachweises betreffend, beschäftigt. Ausgleich haben die einzelnen Parteien in der Angelegenheit Stellung genommen, und auch die Reichsregierung hat durch den Mund des einstigen Ministers für Handel und Gewerbe, des jetzigen Staatssekretärs des Innern, Delbrück, Mebe und Antwort gestanden. Die Sachlage kann, nachdem Regierung und Parlament gesprochen haben, überschaut werden.

Was waren die zweitägigen Debatten leuchtbar, als sie uns Aussklärung gebracht haben über die Stellung der Regierung und der Parteien in der Frage der Arbeitsnachweise. Beider Ihnen wir nicht sagen, daß die Verhandlungen zu greifbaren und für die Bergarbeiter beständigen Ergebnissen geführt haben.

Wenn auch die Mehrheit der Parteien, vielleicht auch die übergroße Mehrheit der Abgeordneten selbst, den Willen der Bergarbeiter in der Frage des Arbeitsnachweises entgegenkommen zeigen, so haben doch die Grubebesitzer alle Veranlassung, vorläufig noch aufzuhören. Trotz der schurken Haltung, die die verschiedenen Redner gegen den Gewaltaft der Grubebesitzer einnahmen, können die Herrinnen und Herren fortfahren, ihre geheimen Pläne weiter zu schmieden. Was sie begonnen haben, dritten sie zur Ausführung bringen. Und so werden die Bergarbeiter in den nächsten Tagen das Sättigungs- und Unterdrückungsinstitut in Aufschwung nehmen müssen. Im Kampfe gegen dieses Institut hat der Reichstag für die Bergarbeiter keine direkten Erfolge erzielen können, kaum doch Ihnen Hoffnungen auf die Zukunft erschlossen worden sind. Dafür aber dem Reichstag zu großen liegt uns fern.

Das deutsche Reichsparlament ist nicht eine Volksvertretung aus, wie wir es in einem modernen Staat verlangen könnten. Es kann es auch gar nicht sein, wenn es dies auch wollte. Es gibt Mächte in Deutschland, die stärker sind als das Reichsparlament, und deren unbedingte Willkür keine Wälle gegen den Volkswillen steht. Wir haben auf diese Mächte oft genug hingewiesen. Und der Abgeordnete Naumann hat nicht mit Unrecht einen Teil dieser Mächte als die „aristokratische Republik“ bezeichnet. Hierzu gehört aber noch jener Teil, von dem Naumann nicht sprach, der nicht im Kohlestaubkasten seine eingeschworenen Genossen hat.

Großindustrie und Junkertum, diese Mündigkeit des Volkes, beherrschen gemeinschaftlich den Apparat, beherrschen die Regierung und die Einrichtungen des Staates, beherrschen das hohe Staatsbeamtenamt und die Staatsgewalt. Die „aristokratische Republik“ hat eine goldene Mauer um sich gezogen; was nicht aus Überzeugung zu Ihnen gehört, wird durch Gold mißbraucht gemacht. Nicht immer in legaler, auffändiger Weise. Ein drastischer Beweis für das letztere bietet uns ja der Korruptions- und Bestechungsfonds, den die Großindustrie selbst für Parlamentsvertreter und wenn nötig auch für noch andere Kreise auszubauen bestrebt ist. Der „aristokratischen Republik“ dienst mit Elter und Ergebung auch die Bureaucratie, auch ohne daß sie Ablösen für sich beansprucht. Wie soll da die Vernunft auffinden; wie soll sich da immer durchringen, was zwangsläufig, notwendig und durchführbar erscheint? Wie soll sich da der Wille der breiten Masse des Volkes lebendig und fruchtbar äußern können? Wie soll sich ferner das Reichsparlament unter solchen Verhältnissen als Vollstrecker des Volkswillens betrachten können? Alles das ist zu berücksichtigen bei der Beurteilung der Verhandlungen im Reichstag. Und geschieht das, muß man schon froh sein, wenn sich noch Parteien und Parlamentarier finden, die vor einer entschiedenen Sprache, trotz aller dieser unheimlich wirkenden Mächte, nicht zurückziehen. Parteien? Das letztere dürfte nicht ganz treffen.

Nicht alle Fraktionsgenossen dürfen die Regierungen ihrer vorgesetzten Macht teilen. Nur das Zentrum trifft das gewiß zu. Hier liegen Freunde der Arbeiter überzeugt; Freunde ihrer Gesinnungsgenossen, die als Fabrik-, Hütten- und Grubebesitzer vollständig mit der Einführung der einzigen Arbeitsnachweise sich einverstanden erklären und die sich in der Unterstützung des Koalitionsgedankens, soweit sie getragen wird von Arbeitern und Beamten, von den Ruhrgrubenbesitzern nicht überholen lassen. Auch das haben wir oft genug nachweisen können. In allen Parteien des Bergvereins liegen die Elemente, die von einer Einordnung der Arbeiter und Minderbegüterten in die Gesellschaft nichts wissen wollen. Es ist darum auch kein Zufall, als Giesberts heiligen Willen der christlichen Arbeiter bestimmt und gegen den christlichen Arbeitsnachweis Front machte, er so ähnlich vor leeren Händen seiner Fraktionsgenossen sprach. Auch im Zentrum finden wir die Elemente überzeugung, die Strolche und Wegelagerer in den wirtschaftlichen Kämpfen den ethischen aufrichtigen Arbeitern gegenüber bevorzugten. Strolche und Wegelagerer, die Menschen kaltblütig morden, die dreinischlagen mit Mordwaffen, die ihnen von den Unternehmern gesetzt werden. Strolche und Wegelagerer, die dann nach schwieriger Tat auf eine Milde und Rücksicht rechnen können, wie sie anderen Sterblichen nicht zu Kell wird. Freilich muß es sich um den Schutz des Profits gehandelt haben, um die Mitwirkung bei Bekämpfung und der gerechten Arbeitserfordernisse handeln. Wenn Giesberts in seinem Rehe sagte: „Was will ich alle Vermühlungen, den Eintritt der Arbeiter in die Gesellschaft vorbereiten, wenn die Unternehmer die größten Hindernisse sind in den Zonen legen“, dann mag diese Lage seinen Parteifreunden gelten. Und ins ist nicht es ihm, wenn er warnend ausruft, daß nicht die Sozialdemokratie die Zonen zu ebnen! Was nicht das Gerechte Giesberts, wenn selbst seine Parteifreunde die frommen Fabrik-, Hütten- und Grubebesitzer von alle diesem nichts wissen wollen? Obwohl wenig

wie die liberalen Herrinnen und Herren im Ruhrbergbau. Es geht zum großen Unfug aus, wenn man fortgesetzt predigt, daß bei ökonomischer Ungleichheit und im Klassestaat eine bis zur Gleichberechtigung gehende Einigungslösung der arbeitenden Klasse in die Gesellschaft nicht nur inhaltlich ist, sondern einen Programmpunkt der christlichen Arbeiterbewegung bilden muss. Männer wie Giesberts sollten dieser kindlichen Ansichtnaivität ablehnen. Die Wallenstein, die Krebsberg, die Matuscha, die Thiele-Windler, die Etunes, Bassen usw. werden nie und niemals, so lange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht, einen armen Weber, Biegelbrenner oder Bergmann als wirtschaftlich oder politisch gleich und vollberechtigtes Vollmitglied neben sich dulden. Wozu also der Unmut, fortgesetzt davon zu predigen? Die Arbeiterklasse wird die Stütze ihrer Erziehung nur soweit erlauben, als ihre Kraft dazu ausreicht und vornehmlich ihre eigene Kraft. Er, Giesberts, war doch vernünftig genug, in seiner Rede festzustellen, daß auch der Arbeitsnachweis nur dazu dienen soll, die wirtschaftliche und politische Übermacht der Unternehmer über die Arbeiter zu sichern und noch weiter zu stärken. Nicht im Kampfe gegen die Millionen sozialistisch denkende Arbeiter kann dieser Übermacht des Unternehmens Trost geboten werden, nein, mit Ihnen. Nur mit jenem Teile der Arbeiterklasse, der politisch und gewerkschaftlich nun doch einmal die Avantgarde der deutschen Arbeiterbewegung bildet. Wer gegen sie arbeitet, stärkt dem Herrinnen und Herrenbewegung bewußt oder unbewußt, seine Macht und seinen Leidenschaft!

Die Mebe Giesberts, soweit sie der Mebe der Unternehmerarbeitsnachweise diente, Ihnen in unterschieden. Er hätte aber besser getan, den „rot Lappen“ hübsch an Haute zu lassen. Nach Giesberts, der die Zentrumspartei begründet hatte, nahm „die demokratische Partei“ Abg. Bönenburg das Wort. Seine Ausführungen geben gewiß die Stimmung wieder, wie sie in der Ruhrbergarbeiterchaft lag. Er griffen auf, sagte Worte, die über die Lippen des bewährten Gewerkschaftsführers, der oft gern auch um die Frage des Arbeitsnachweises mit den Unternehmern einen Streit angeschlagen hat. Er erklärte, daß den Grubebesitzern das Maßnahmen nicht sein läßt. Die Bergarbeiter wollen keine Arbeiterorganisation anerkennen, weil sie in den Arbeitern nicht Menschen und Bürger sehen, sondern bloße Ausbeutungssobjekte. Die Arbeitsnachweise sollen als Menschenfallen dienen, sollen sich direkt gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter wenden. So sei in einer Versammlung des zentralen Unternehmerverbandes gesagt worden:

„Einer freudlichen Zukunft gehen wir entgegen, wenn nicht bald andere Wege eingeräumt werden und es dem Arbeiter deutlich gemacht wird, daß er als Mensch geboren ist und auch als solcher sein Leben zu verbringen hat! Das, was er sich ausbildet, als seinen rechtmäßigen Arbeitsverdienst zu betrachten, ist eine ihm in Gnaden gewährte Zuwendung, für die er sich dankbar zu erweisen hat!“

Diese Ausdrücke beweisen, daß der Kapitalismus bereits vom Kaiserreich aus sich besessen ist. Bönenburg erinnerte auch an die Freiheit, wie sie in der Minister für Bergbau konferiert zutage trat und an den Korruptionsfonds. Hätten die Führer es zugelassen, dann war im Ruhrbezirk der Streik fertig, der aber kommen wird, wenn nicht von Reichs wegen eingeleitet wird. Nur werden sich die Bergarbeiter die Zeit selbst aussuchen, wann ihnen diese für einen Streik paßt.

Den beiden Begründern der Interpellationen folgte der Staatssekretär Delbrück. Er erklärte, daß die Frage des Arbeitsnachweises für eine Reichsgesetzliche Regelung nicht reif sei. Dadurch bestätigte der Staatssekretär die alte Erfahrung, daß man in Preußen-Deutschland erst sich Jahrzehntlang in einer Sache überlegen muß und daß es wieder Jahre bedarf, um das Überlegte durchzuführen. Das heißt, wenn dem Fortschritt gedient werden soll. Geht es gegen die Arbeiter, gegen den Fortschritt, wie man schneller zu arbeiten. Aber der Staatssekretär hat auch die einschlägigen Gesetze studiert und hat herausgefunden, daß das Vorgehen der Grubebesitzer nicht allgemein gesetzlich an sich habe. Wenn die Arbeitsnachweise loyal gehandhabt werden, sei dagegen nichts einzuwenden. Und das sollte geschehen soll, habe ihm einer der Herren vom Bergbauverband versichert! Gegen die Arbeitgebernachweise im Sinne der Interpellanten vorzugehen, hieße nichts anderes als das Koalitionsrecht elenken. Das Koalitionsrecht sei aber nicht für die Arbeiter allein da, nein, auch für die Unternehmer. Arbeiterorganisationen hat Delbrück nicht begrüßt, von den ungeheuren Brüderen, wie sie bei den verschiedenen Arbeitsnachweisen geführt werden, weiß er nichts. Und das Koalitionsrecht muß beiden Unternehmern und Arbeitern zugute kommen.

Wenn das letztere heute wirklich der Fall wäre, möchte es noch sein. Wir müssen auf die Hilfe der Erziehung, wenn wir in denselben Maße das Koalitionsrecht ausüben könnten, wie die Unternehmer, wenn wir in der Ausübung des Koalitionsrechtes auch zu denselben Mitteln greifen könnten wie sie. Es heißt Güten nach Asten tragen, müßten wir hier das näheren zeigen, wie es mit dem Koalitionsrecht der Arbeiter und mit der Behandlung des Koalitionsrechtes berichtet ist. Herr Delbrück selbst ist schon möglichst weit von der Arbeitersorganisation, er will mit ihr nichts zu tun haben. Staatsräte dürfen sie bei uns ihrer Überzeugung gemäß nicht organisieren. Aber läßt man die schlimmste Unterwerfung eintreten, so man Beschwerden und Eingaben organisierter Arbeiter nachgibt. Das hat der Kiel betragt und gesagt. Arbeiter, die auf das Koalitionsrecht Anspruch machen, werden mit Rücksicht von Maschinengewehren bedient.

Mehr noch, man verpflichtet Arbeiter durch Gesetze, Vertreter in die Versicherungsklassen zu wählen. Wählen die Arbeiter sich keines Vertrauens, werden diese Vertrauensmänner auf das Strafgericht gestellt, ausgeschafft und außer Landes geheilt! Wenn ausländische Arbeiter ihre Arbeitserlöse und Arbeitserlöse wahren, springen Regierung und Behörden den Unternehmern mit Auswirkungen dieser Arbeiter zu Hause. Regierung und Behörden haben sich in der Behandlung des Koalitionsrechts der von ihnen abhängigen Arbeiter oft genug ebenso schlimm gezeigt, wie die schlimmsten Schafsmacher!

Die Dinge liegen doch so, daß die Unternehmer ein williges Koalitionsrecht haben, das sie das Koalitionsrecht geradezu annehmen können wie sie wollen, ihnen geschieht nichts! Die Arbeiter haben auch ein Koalitionsrecht, aber sie haben wegen der Feinde dieses Rechts der Arbeiter keine Minute Ruhe. Das Recht der Arbeiter steht in ständiger Gefahr. Die Unternehmer haben hingegen ein doppeltes Koalitionsrecht, sie leben es zum Teile offen, zum Teile gehemmt aus, unter größtem Entgegenkommen der Regierung und der Behörden. Kurz und gut: Herr Delbrück stellt sich auf den Standpunkt, daß die Grubebesitzer mit ihrem Vorgehen im Recht seien, daß sich auch gegen das Unterwerfungskoalition nichts machen lasse. Dürfen wir der „Ablöschung“ (Mittagsausgabe vom Donnerstag, den 11. Dezember) Glauben schenken, dann hat gar die Regierung die Ruhrgrubenbesitzer gedrängt, den Arbeitsnachweis einzuführen! Stimmt das, gut, dann wird die Regierung aber auch seinen Teil der Verantwortung für die Auswirkungen des Arbeitsnachweises auf sich nehmen müssen, der ihr kommt.

Herr Delbrück saß in seinen Ausführungen die Unterstützung der Abgeordneten Deutscher (konf.) und Böhmann (nati.). Siehe aber, das nun gesagt werden, nahmen nicht jene extreme Stellung ein, wie wie das von Ihren Parteien in anderen Fragen sonst gewohnt sind. Herr Fuhrmann sprach sich sogar für den paritätischen Arbeitsschaffenswettbewerb aus. Er hat die Organisationen der Bergarbeiter nicht Delius Feuer zu gleichen, sondern abzutunten, wie der Arbeitsnachweis gehandhabt werden wird. Abgeordneter Wanz (frei. Wp.) bezeichnete den Arbeitsnachweis der Ruhrgrubenbesitzer als ein gefährliches Experiment. Im Ruhrbezirk beständen schwere Hindernisse. Man sollte die Arbeiter angemessen behandeln, als wie es durch den Arbeitsnachweis in Mainz-Ludwigshafen geschehen ist. Im übrigen sei eine Revision be: §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung nötig. Der Reichsverteiler v. Bierken hieß eine Rebe für die Bergarbeiter, und zwar so schroff, daß man glauben sollte, er hätte diese Rebe schon aus dem sogenannten Korruptionsfonds der Schafsmacher bezahlt erhalten. Ihm antworteten der Pole Kuerski und Behrend. Kuerski meinte, nur ein Blinder könnte nicht einsehen, daß es sich bei der Einführung des Arbeitsnachweises um ein Utensil auf die Freiheit, die Unabhängigkeit, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter handelt. Deshalb die Erregung der Ruhrbergarbeiter, die noch gesteigert wird durch die fünfzig beschlossenen neuen Steuern!

Herr Kuerski trägt über ein Schild Verantwortung für diese neuen Steuern mit. Er hat für einen Teil der Verbrauchssteuern gestimmt! Behrend verlangt gesetzliches Eingreifen. Vielleicht können das schon durch das Arbeitssammlungsrecht geschehen. Diesem müßte die Kontrolle über die Arbeitsnachweise eingeräumt werden. Dann sprach Naumann, auf dessen Rebe wir noch später zurückkommen werden. Aus Naumanns Rebe, ein Kleinstadt, sprach der wahre Freund der Gewerkschaften, wie wir Bergarbeiter ihn seit Jahren kennen. Er wußt auf die Entwicklung der Industrie hin, die eine andere Behandlung der Arbeiter verlangt, wie das früher der Fall war. Den Arbeitern von heute müßte man mit Großherzigkeit und Gentilität entgegentreten und nicht mit Zwang und blohen Schematismus, wie es die Grubebesitzer tun. Der Werkarbeitsnachweis berge große Gefahren in sich, nicht nur für die Arbeiter allein. Hier werden die Menschen von einer dunklen unkontrollierbaren Macht, die über ihnen steht, abhängig gemacht. Ein großes Buch ist aufgeschlagen, darin ist alles eingetragen, um die Menschen anzuglätteln. So heißt es in einem mittelalterlichen Gedicht. Und das trägt auch auf den Arbeitsnachweis zu. Diese Frage dürfte nicht in das merkwürdige Land Preußen verwiesen werden, in ein Land, wo das Dreiklassenwahlrecht herrscht, ein unanständiges Wahlrecht in diesem Staate, wo Klassenpolitik getrieben wird. Es sei dort eingezogen, wo der Arbeitsnachweis obligatorisch ist. Der Staat müßte die Parität wahren. Die Arbeitssummen würden die gegebenen Stelle sein, den tatsächlichen, praktischen Arbeitsnachweis durchzuführen.

Naumann rief den Staatssekretär Delbrück wiederum auf den Plan. Herr Delbrück steckte einen gebügelten Blatt zurück. Er, der in seiner ersten Rebe so selbstbewußt für die Ruhrgrubenbesitzer ins Zeug sprang, kam jetzt her und erklärte, daß er keine die Frage prüfen wolle, ob überhaupt die Einführung von Zwangsarbeitsnachweisen auf paritätischer und öffentlicher Grundlage jürgt möglich ist. Das sei jetzt nicht der Fall. Er stellte sich dem paritätischen Arbeitsschaffens nicht eindeutig gegenüber; im Gegenteil wollte er auch auf gesetzgebendem Gebiete allmählich die Parität der Arbeitsnachweise anbahnen. Wir müssen abwarten, was der Minister in der Sicht mit wirklich macht. Gedacht etwas nach der von ihm angegebenen Richtung hin, gut, dann sind die Debatten nicht ganz ohne Erfolg gewesen. Seinen können und dürfen wir nach alten Erfahrungen hier unsere Hoffnung nicht zu hoch schrauben. Nachdem die Abgeordneten Schirmer (Deutschland) und Bögel unzweckliche Ausführungen vom Stapel ließen, erhofft das Wort Sachse.

Der Herr Minister Delbrück hatte in seiner Rede gefragt, ob die höheren Anschuldigungen, die man gegen die Rechte Maddob wegen des großen Unglücks gesteuert habe, noch aufrechterhalten müssten. Sache erwidert, daß der Minister Wegzus nehmte auf die letzten Prognose, die wegen des angeblichen Einlegespeck & großes Bergmeister späliches und Direktor Alnbergs festgestanden haben. Ein ähnliches Einlegespeck habe der selbe Ingroßchen verdeckt. Peter Thomas befürchtet. Was ist auch Nebensache ist. Wer die Dinge ruhig betrachtet, wird zugesehen müssen, daß man nicht ausführlich ohne sich vorher über den Zustand der Grube auszusprechen und Besohle zur Abschaffung zu haben. Das hervorragende Strafprozeß überhaupt erfolgten, liegt an der Mängelhaft gewissen Herren, die Beschuldigungen dort suchten, wo sie in Wirklichkeit gar nicht erhoben wurden. Das wollen wir hier in sie umstet ausprüfen. Wie stimmen Sache zu, wenn es im Reichstag dem Sozialdemokraten antwortete, daß die hinter uns liegenden Prognose das nicht die Hauptauflagen berührten?

Was interessiert die Stelle der Rechte Sachse, die den Minister aufklärt, wie die Dinge auf Maddob liegen. Er lädt aus:

„Wer meine Herren, wenn der Herr Minister so viel Interesse hat, die Wahrheit im Maddob-Projekt zu ergründen, dann muß es doch auffallen, daß die Bevölkerung desselben Herrn Ministers das Gebot hat, vor Gericht auszufragen! (Hört hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn denn solcheren Herrn Handelsminister Delbrück, so viel an der Aussicht gelogen wäre, dann könnte er seinen Beamten den Auftrag geben: Sage vor Gericht, was Ihr wißt, die Wahrheit muß ergründet werden! (Schreit! bei den Sozialdemokraten.) Das wäre das richtige geschehen. Es ist doch nicht nur auffallend, daß die Beamten nichts aussagen würden, sondern jedenfalls auch, daß der ganze Plan des Reiches nach ausgefallen worden ist. Einige Wochen oder einige Monate nach dem Unglück im vorigen Jahr könnten wir sehen, daß das Werk den Plan nicht mehr erfüllen kann. Und heute ist die Mehrzahl der Leichen immer noch in der Grube. (Hört hört! bei den Sozialdemokraten.) Es waren einige Vertrauensmänner der Arbeiter hinzugezogen, Knappfachsfädelte, und zwar, wenn ich recht unterrichtet bin, auf Veranlassung der Bergbehörde. Unter derselben, Oehlert, ist nur ein einziges Mal zur Bestichtigung geladen worden (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten), und dann ist ihnen von den Bergbeamten gesagt worden: Sie haben erst dann zu leben, wenn Sie bestellt werden. Das ist aber nicht einziges Mal mehr geschehen, als man Leichenberg oder die schlimmen Stellen aufsuchte. Meine Herren, wundern Sie sich darum, daß unter den Arbeitern Misstrauen herrscht? Bei einem Unglück im Braunkohlengebiet hat dieselbe Bergbehörde gedrängt, die verschütteten Leichen herauszuschaffen. Und dort auf Maddob, wo die Leichen nicht verschüttet sind, wo sie nur im Wasser stehen und das Wasser jetzt abgesumpft ist, wird nicht gedrängt, die Leichen herauszuschaffen und die schlimmen Stellen zu untersuchen, um zu ermitteln, wer eigentlich die Schuld an dem großen Misserfolg trug. Wenn also Misstrauen unter den Arbeitern entstanden ist, so ist die Vergleichbarkeit an diesem Misstrauen nicht ganz unschuldig.

Sache legte dann in längeren Ausführungen dar, wie die einseitigen Arbeitsgerichts-Nachweise gegen den § 118 der Generalverordnung wie aus gegen die guten Sitten verstossen und wie die Werksbesitzer geradezu den Kontraktbruch förderten. Dem Abg. Führemann, der auf die hohen Löhne der Bergarbeiter vertrat, rief Sachse nach, daß die Löhne im 2. Quartal 1909 nur um 28 Pfennig höher gewesen seien als im Jahre 1874! Dann wandte er sich gegen die Auswirkungen von ausländischen Bergarbeitern durch die Werksbesitzer und erklärte weiter, daß gegen den einseitigen Arbeitsnachweis der Werksbesitzer, diese Anwältschaft, dieses Sklavenystem, vorgegangen werden müßt. Die Werksbesitzer werden sich dieses Institut nicht auf die Dauer gehalten lassen. Der Kampf kommt, wenn der Arbeitsnachweis so durchgeführt wird, wie befürchtet wird. Auch die Massenengemachte, ebenso wie die Mansfelder Knappen, die Ruhrbergleute abringen, für ihr gutes Recht zu kämpfen.

Herr Delbrück, der nach Sache zum drittenmal das Wort nahm, rügte diesen gegen Raumann anzuspielen. Die Rechte Sachse stiehlt angenehm durch den vornehmen Ton und die Objektivität von der Rechte Raumann ab. Raumann habe zu schwer Vorwürfe gegen die Regierung erhoben. Man merkt die Absicht des Ministers gegen Raumann heraus, der nur gesagt hatte, was ist, nicht mehr. Freilich hätte der Minister aus Raumanns Mund die scharfe Kritik gern vermied. Dann forderte der Minister die Abgeordneten Hu und Sachse auf, auch persönlich ihm die Wünsche, die sie hätten, vorzutragen. Was Maddob anlangt, erwiderte der Minister:

„Die Anordnungen, die nach dieser Richtung hin getroffen sind, liegen ja noch in einer Zeit, wo ich genau über die Beide wisse. Es ist getadelt worden, daß die Leichen so lange im Wasser gelegen haben und so spät herabgesondert sind. Die diesbezüglichen Anordnungen sind in allererster Linie getroffen in Münster. Ich habe die Sicherheit, daß bei den Bergarbeiter im Knappfachsfverein: Des Wahlrechts! Am 10. Dezember 1908 war bekanntlich dem Sitzungsausschuß im Bochumer Knappfachsfverein die Nevidierung der Wahlordnung übertragen worden. Diese Nevidierung glaubten die Grubenbeamten ausnutzen zu müssen, um den Bergarbeiter das Wahlrecht und damit auch gleich das Verwaltungsrecht im Knappfachsfverein zu schmälen. Unter den Verschlechterungen, die man im Sitzungsausschuß zusammenbrachte, war die schlimmste der Beschluß, daß nur noch solche Stimmzettel gültig sein sollten, die nur mit einem Namen beschrieben waren. Als gewählt sollten gelten: als Verteiler derjenige, der relativ die meisten Stimmen an sich rengte, wer die zweitwichtigste Stimmenzahl erhielt, wurde Eschmann. Bis zu der Nevidierung der Wahlordnung wurden Verteiler und Eschmann auf einem Stimmzettel gewählt, sodass die Majorität auch den Eschmann für den Fall mitwählte, wenn der Verteiler aus irgend einem Grunde seinen Posten verlor. Nach der von den Grubenbeamten ausgeschlagten Wahlordnung fiel aber sogar das Majoritätsprinzip für den Eschmann weg. Dieser möchte natürlich der höchsten Stimmenzahl Stimmen erhalten gleichviel in welcher Höhe, er galt als gewählt und wenn er nur zwei oder drei Stimmen auf sich vereinigte. Wir schenken an, um genügend Beispiele nachzuweisen können, welche arbeiterfeindlichen und verunmündigten Folgen ein solches Wahlverfahren für die Bergarbeiter noch sich ziehen müßt. Daß zu diesen sämtlichen Arbeiten Vertrauensmänner der Bergarbeiter herangezogen werden sollten!! (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten: Das geschieht aber nicht mehr!) – Ja, meine Herren, das weiß ich nicht. Ich bin dafür auch nicht mehr verantwortlich. Ich habe aber damals angeordnet, daß dies geschehe, und der Herr Referent von damals wird mir bestätigen, daß ich diese Anordnung getroffen habe!!! Zumindest gegen die Anordnung bestätigen ist, kann ich nicht wissen. Sache gefügt streng genommen, auch nicht hierher.“

Das sind ja interessante Erfahrungen. Der Minister befiehlt, daß auf Maddob zu sämtlichen Arbeiten Vertrauensmänner der Bergarbeiter herangezogen werden sollen, aber bis heute ist nichts nach dieser Richtung geschehen. Das eine Mal, wo beim Beginn der Bergungsarbeiten einer der bestirniter Vertrauensleute (der Bergarbeiter Oehlert) die Rechte Maddob auftrat, wurde er ja ein Vorsitzender, der alles andere nur sein Liebhaberdarsteller war. Hat

der neue Bergarbeitsminister Syndow diese Anordnungen aufgehoben bzw. durchkreuzt? Ober wer war es? Die bitten dringend um Antwort. Denn der Königlich preußische Minister für Bergbau und Kommissar des Bundesstaates Weißauer, der eine Reaktion auf diese Anordnung geben konnte, schwieg sich, trotzdem er das Partei-Prinzip für sich hielt und uns sehr brennende und wichtige Frage nach der Bergungsarbeiten einer der bestirniter Vertrauensleute (der Bergarbeiter Oehlert) die Rechte Maddob auftrat, wurde er ja ein Vorsitzender, der alles andere nur sein Liebhaberdarsteller war. Ganz so, wie der Herr Staatssekretär, der frühere Herr Hanke, ebenfalls schwieg, doch er die fragliche Verordnung gegeben hat, aber Herr Geheimer Oberberghauptmann nicht. Die Bergordnung des Ministers ist wieder Misstrauen

in der Bergförderung hervorgerufen worden. Es ist mit immer wieder gefragt worden: da muß etwas vorliegen, die Sache wird in die Räume gegeben, damit die Leute unkenntlich sind, damit man nicht mehr sieht, ob sie verbraucht oder erstickt sind. Nachdem jetzt wieder bei dem amerikanischen Unglück noch nach jahrs, als Tagen Bergleute lebendig gefunden worden sind, ist die Frage in Bergarbeiterkreisen erneut vertont worden, und man ist heute der Meinung, daß die Sache so lange hinausgezögert ist, um die Sache zu verfließen, damit man nicht mehr weiß, ob die Bergleute noch gelebt haben oder nicht. Das habe ich hier zum Ausdruck bringen wollen, und, ich glaube, der Vertreter der Regierung hat das Misstrauen nicht aus der Welt geschafft, weil die Vertrauensleute der Arbeiter nicht mehr gehabt werden sind.“

So weit die Verhandlungen im Reichstag.

Kameraden Bergarbeiter! Wir haben in südligen Umrissen ein Bild über die Verhandlungen im Reichstag gegeben. Sicherlich können die Bergarbeiter mit den Verhandlungen wenig zufrieden sein. Aber wir haben doch gesehen, daß den Misstrauensbefürwortern nicht allzu stark der Stimmenschwund darf, wenn sie nicht im Reichsparlament auf heftigen Widerstand stoßen wollen. Das wird die Werksherren veranlassen, recht vorsichtig mit der Handhabung der einseitigen Arbeitsvermittlung vorgehen, zum mindesten in der Zeit der aufwärtsgehenden Konjunktur. Wie aber auch die Dinge sich gestalten: wir protestieren gegen das System der einseitigen Unternehmensarbeitsnachweise; wir verlangen, daß die Bergarbeiter in der Frage der Arbeitsvermittlung mit sprechen. Nicht, daß die Werksbesitzer handeln wie sie wollen, ohne auch mir die geringsten Missstände auf die Bergarbeiter zu nehmen.

Kameraden Bergarbeiter! Der Reichstag hat gesprochen. Damit ist die Angelegenheit für uns nicht erledigt. Jetzt heißt es, den Bergarbeiterverband zu stärken; es heißt, mit allen Kräften die Unorganisierten zur Vereinigung zu bringen. Der Kampf bleibt auch dann nicht aus, wenn die Grubenherren ihren Arbeitsnachweis, wie sie sagen, loyal handhaben werden. Wie wollen uns das Vertragsrecht erkämpfen, wenn gleichberechtigte Vertragsskontrahenten werden, ohne Arbeitskräfte bleiben?

Um diesen Preis, um den Preis der Anerkennung der Bergarbeiterorganisation gilt der Kampf. Wollen die Grubenherren auch kein Entgegenkommen – nach dieser Richtung zeigen, dann wird dieser Kampf bis zum äußersten zur Blüte aller Bergarbeiter! Stärkt darum den Bergarbeiterverband, tragt zum Kriegsfonds bei, damit wir in die Lage kommen, einen event. Streit so lange zu führen, daß es den Grubenherren nach einem zweiten nicht mehr gelingt.

Heilt, Kameraden, alle mit, daß wir bald zum Ziel gelangen: Anerkennung der Bergarbeiter als gleichberechtigte Kontrahenten im Arbeitsvertrag und Anerkennung der Bergarbeiterorganisation! Für die Ermäßigung dieses Ziels in möglichst schneller Zeit darf uns kein Opfer zu groß sein. Darum Kameraden, Bergarbeiter, an die Arbeit, unermüdlich und nie rastend!

## Zurücknahme der Wahlrechtsverschlechterung im Allg. Bochumer Knappfachsfverein.

Wir haben in voriger Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ schon mitgeteilt, daß der Vorstand des Allgemeinen Knappfachsfvereins Bochum in seiner Sitzung vom 9. Dezember beschlossen hat, das bisher bestandene Wahlverfahren, wonach bei den Abstimmewahlen zwei Männer auf einen Stimmzettel geschrieben und vervielfältigt werden konnten, wieder herzustellen. Damit ist eine Sache erledigt.

Heilt, Kameraden, alle mit, daß wir bald zum Ziel gelangen: Anerkennung der Bergarbeiter als gleichberechtigte Kontrahenten im Arbeitsvertrag und Anerkennung der Bergarbeiterorganisation! Für die Ermäßigung dieses Ziels in möglichst schneller Zeit darf uns kein Opfer zu groß sein. Darum Kameraden, Bergarbeiter, an die Arbeit, unermüdlich und nie rastend!

Wir haben in voriger Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ schon mitgeteilt, daß der Vorstand des Allgemeinen Knappfachsfvereins Bochum in seiner Sitzung vom 9. Dezember beschlossen hat, das bisher bestandene Wahlverfahren, wonach bei den Abstimmewahlen zwei Männer auf einen Stimmzettel geschrieben und vervielfältigt werden konnten, wieder herzustellen. Damit ist eine Sache erledigt.

Als gewählt sollten gelten: als Verteiler derjenige, der relativ

die meisten Stimmen an sich rengte, wer die zweitwichtigste Stimmenzahl erhielt, wurde Eschmann. Bis zu der Nevidierung der Wahlordnung wurden Verteiler und Eschmann auf einem Stimmzettel gewählt, sodass die Majorität auch den Eschmann für den Fall mitwählte, wenn der Verteiler aus irgend einem Grunde seinen Posten verlor. Nach der von den Grubenbeamten ausgeschlagten Wahlordnung fiel aber sogar das Majoritätsprinzip für den Eschmann weg. Dieser möchte natürlich der höchsten Stimmenzahl Stimmen erhalten gleichviel in welcher Höhe, er galt als gewählt und wenn er nur zwei oder drei Stimmen auf sich vereinigte. Wir schenken an, um genügend Beispiele nachzuweisen können, welche arbeiterfeindlichen und verunmündigten Folgen ein solches Wahlverfahren für die Bergarbeiter noch sich ziehen müßt. Daß zu diesen sämtlichen Arbeiten Vertrauensmänner der Bergarbeiter herangezogen werden sollten!! (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten: Das geschieht aber nicht mehr!) – Ja, meine Herren, das weiß ich nicht. Ich bin dafür auch nicht mehr verantwortlich. Ich habe aber damals angeordnet, daß dies geschehe, und der Herr Referent von damals wird mir bestätigen, daß ich diese Anordnung getroffen habe!!! Zumindest gegen die Anordnung bestätigen ist, kann ich nicht wissen. Sache gefügt streng genommen, auch nicht hierher.“

Das sind ja interessante Erfahrungen. Der Minister befiehlt, daß auf Maddob zu sämtlichen Arbeiten Vertrauensmänner der Bergarbeiter herangezogen werden sollen, aber bis heute ist nichts nach dieser Richtung geschehen. Das eine Mal, wo beim Beginn der Bergungsarbeiten einer der bestirniter Vertrauensleute (der Bergarbeiter Oehlert) die Rechte Maddob auftrat, wurde er ja ein Vorsitzender, der alles andere nur sein Liebhaberdarsteller war. Ganz so, wie der Herr Staatssekretär, der frühere Herr Hanke, ebenfalls schwieg, doch er die fragliche Verordnung gegeben hat, aber Herr Geheimer Oberberghauptmann nicht. Die Bergordnung des Ministers ist wieder Misstrauen

Es ist selbstverständlich, daß der Verband mit voller Energie den Kampf gegen die arbeiterfeindliche Wahlordnung aufnahm. Am 14. Januar war die Wahlordnung beschlossen worden, unter dem 28. Januar schon die Bekanntgabe gegen diesen Beschluss an das Königl. Oberbergamt zu Dortmund ab. Man war sich innerhalb des Verbundes klar geworden, mit allen gegebenen Mitteln auf Beseitigung der Wahlordnung hinzuarbeiten und gleichzeitig zu diesem Zweck die Bergarbeiter im Ruhrgebiet zum Protest auf. Die Versammlungen zeigten denn auch, daß die Gefahr der Wahlordnung erkannt wurde und daß das Bewußtsein hierfür schließlich auch Platz fand innerhalb der übrigen Verbände.

Wie zu erwarten war, stellte sich das Oberbergamt in seiner Antwort auf die Seite der Werksbesitzer. In einem Schreiben vom 23. Februar bewies das Oberbergamt auf den § 80 Abz. 7 des Statuts, der eine Auslegung dieses Paragraphen im Sinne der neuen Wahlordnung wohl zulasse, vor allen Dingen der dritte Satz des erwähnten Paragraphen. Man teilte ferner mit, daß der Minister für Handel und Gewerbe – damals Delbrück – den Standpunkt des Oberbergamtes teile. Daraufhin erfolgte am 28. Februar eine längere Gegenerklärung der Bevölkerungsverbände des Oberbergamts, aber dieses beharrte auf dem Standpunkt, daß der Vorstandbeschluß zu Recht bestehet.

Zugzwischen beantragten die Verbandsältesten in einer Eingabe an den Vorstand des Allg. Bochumer Knappfachsfvereins die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung. Neben der Beseitigung der Wahlordnung würden für diese Generalversammlung noch mehrere andere Anträge gestellt, die sich gegen gewisse Härten des Statuts wendeten. Einen Monat später, am 14. April, erfuhr die Verbandsältesten, Abstand von der Einberufung der Generalversammlung zu nehmen, da es ausgeschlossen sei, daß die Generalversammlung die Wahlordnung beseitige. Dem Verein blieben entweder erhebliche Kosten. Die Verbandsältesten verzichteten nicht. Sie wiesen darauf hin, daß sie sich die Wahlrechtsverschlechterung nicht gefallen lassen könnten. Wenn Kosten entstanden, so sollte die Verantwortung hierfür jenen zu, die die Vergewaltigung der Bergarbeiter vorgenommen hätten.

Die Generalversammlung fand am 8. Juli statt. Es ging sehr stürmisch zu. Die Verbandsältesten Heidbrink, Behring, Jüngesblut, Möbis und Teckert vertreten die Forderungen des Verbandes. Herr Bergassessor Kleine gab im Namen der Werksvertreter folgende Erklärung ab:

„Die neue Sitzung des Allgemeinen Knappfachsfvereins ist nach Überwindung griffiger Schwierigkeiten zustande gekommen und befindet sich erst seit einem Jahre in Kraft. Die Werksbesitzer sind daher der Meinung, daß man an eine Änderung der Sitzung nur dann herantrete darf, wenn ihre Handhabung innerhalb eines längeren Zeitraumes erhebliche Mängel zeigen sollte, deren Abstellung unbedingt erforderlich wäre. Eine solche Notwendigkeit liegt zurzeit jedenfalls nicht vor. Die vornehmlich angegriffene Bestimmung des § 80 Abz. 7 entspricht der Misserklausung, welche der Allgemeine Deutsche Knappfachsfverein entworfen hat und welche infolgedessen in die nächsten Sitzungen der preußischen Knappfachsfvereine unbefriedet übergegangen sein wird. Die durch die Entscheidung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe notwendig gewordene Abänderung des Wahlverfahrens für die Abstimmewahlen gestattet eher eine gerechte Vertretung der Parteien durch die Möglichkeit, daß in Ausnahmefällen auch der Kandidat der Minorität das Amt des Verteilens ansetzt. Die verbleibenden Anträge bezwecken dagegen, einer einzigen Partei die alleinige Vertretung zu verschaffen. Die Werksvertreter lehnen daher die gestellten Abänderungsanträge ab.“

Ein Sturm der Enttäuschung durchbrach nach der Erklärung den Saal. Heidbrink führte aus: „Die Werksbesitzer haben mit ihrer heutigen Stellungnahme von neuen den Ruhrbergleuten die Kriegsverklärung vor die Füße geworfen.“

Die Erklärung wurde auch von christlichen Verteilern geteilt. Erklärte doch der christliche Verteiler Goerke, daß er Heidbrinks Neuverfügungen ablehne. „Die Handhabung des neuen Statuts sei zum Widerwillen der ganzen Bergarbeiterchaft.“ Danach war gleichzeitig festgestellt, daß die christlichen Verteilern den Verrat ihrer Freunde im Knappfachsfverein nicht mit machen. Mit der Erklärung Kleines waren die Anträge der Verbandsältesten abgelehnt. Anträge christlicher Verteiler waren nicht zur Verhandlung, weil sie zu spät gestellt waren, dagegen einen einzigen Partei die alleinige Vertretung zu verschaffen. Die Werksvertreter lehnen daher die gestellten Abänderungsanträge ab.“

Ein Sturm der Enttäuschung durchbrach nach der Erklärung des Saal. Heidbrink führte aus: „Die Werksbesitzer haben mit ihrer heutigen Stellungnahme von neuen den Ruhrbergleuten die Kriegsverklärung vor die Füße geworfen.“

Die Erklärung wurde auch von christlichen Verteilern geteilt. Erklärte doch der christliche Verteiler Goerke, daß er Heidbrinks Neuverfügungen ablehne. „Die Handhabung des neuen Statuts sei zum Widerwillen der ganzen Bergarbeiterchaft.“ Danach war gleichzeitig festgestellt, daß die christlichen Verteilern den Verrat ihrer Freunde im Knappfachsfverein nicht mit machen. Mit der Erklärung Kleines waren die Anträge der Verbandsältesten abgelehnt. Anträge christlicher Verteiler waren nicht zur Verhandlung, weil sie zu spät gestellt waren, dagegen einen einzigen Partei die alleinige Vertretung zu verschaffen. Die Werksvertreter lehnen daher die gestellten Abänderungsanträge ab.“

Außerdem angeführten Gründen ist in der Bevölkerung auch geltend gemacht, daß der Knappfachsfverein nicht kompetent sei, sondern ausschließlich die Generalversammlung. Diese Bevölkerung hat das Königliche Oberbergamt durch Bescheid vom 5. Mai d. J. zurückgewiesen und begründet angeführt, daß die Änderung der Wahlordnung durch den legit. Saal des § 80 Abz. 7 der gegenwärtigen Sitzung des Allgemeinen Knappfachsfvereins geboten sei, welcher lautet:

Fallen sämtliche gültige Stimmen auf dieselbe Person, so wird der Erzähler in einem besonderen Wahlzettel gewählt.“

Zu dieser Sitzung die Abänderung der Wahlordnung und damit die Vergewaltigung der Knappfachsfverein-Mitglieder, zur Folge haben müssen, bestreite ich ganz entschieden. Auch wenn zwei Männer auf die Stimmenzettel geschrieben werden, kann es vorkommen, daß sämtliche gültigen Stimmen auf dieselbe Person entfallen, ohne daß sie von den Bergarbeitern gewählt noch gewünscht würden. Der unterzeichnete Bevölkerungsführer (Verteiler und Knappfachsfvereandsmitglied U. Fischer) führt nach diesen Hinweis auf die Vergewaltigung der Mehrheit der Knappfachsfverein-Mitglieder in der Kreisforschungsverein weiter aus:

Außerdem angeführten Gründen ist in der Bevölkerung auch geltend gemacht, daß der Knappfachsfverein nicht kompetent sei, sondern ausschließlich die Generalversammlung. Diese Bevölkerung hat das Königliche Oberbergamt durch Bescheid vom 5. Mai d. J. zurückgewiesen und begründet angeführt, daß die Änderung der Wahlordnung durch den legit. Saal des § 80 Abz. 7 der gegenwärtigen Sitzung des Allgemeinen Knappfachsfvereins geboten sei, welcher lautet:

„Außerdem angeführten Gründen ist in der Bevölkerung auch geltend gemacht, daß der Knappfachsfverein nicht kompetent sei, sondern ausschließlich die Generalversammlung. Diese Bevölkerung hat das Königliche Oberbergamt durch Bescheid vom 5. Mai d. J. zurückgewiesen und begründet angeführt, daß die Änderung der Wahlordnung durch den legit. Saal des § 80 Abz. 7 der gegenwärtigen Sitzung des Allgemeinen Knappfachsfvereins geboten sei, welcher lautet:

„Außerdem angeführten Gründen ist in der Bevölkerung auch geltend gemacht, daß der Knappfachsfverein nicht kompetent sei, sondern ausschließlich die Generalversammlung. Diese Bevölkerung hat das Königliche Oberbergamt durch Bescheid vom 5. Mai d. J. zurückgewiesen und begründet angeführt, daß die Änderung der Wahlordnung durch den legit. Saal des § 80 Abz. 7 der gegenwärtigen Sitzung des Allgemeinen Knappfachsfvereins geboten sei, welcher lautet:

den Standpunkt des Oberbergamts zu dem seligen mache, so mügte er doch gliegen, daß der dritte und letzte Satz des § 86 Absatz 7 eine verfehlte Auslegung gestatte. Im ministeriellen Schreiben heißt es denn auch:

„Was sodann den dritten Satz des § 86, Absatz 7 anlangt: „Sollen sämtliche gültigen Stimmen auf dieselbe Person, so wird der Erstwähler in einem besonderen Wahlgange gewählt“, so kann der Meldeschrift zugegeben werden, daß das Einreten des in diesem Satz geregelten Falles auch dann denkt wäre, wenn die Wähler verschlafen sind, zwei Namen auf den Wahlzettel zu schreiben. Es wäre dieser Fall dann eintreten, wenn die Wähler von ihrer Verordnung, zwei Namen auf den Wahlzettel zu schreiben, keinen Gebrauch machen, sondern nur einen Namen schreiben, also ihr Wahlrecht nur zur Hälfte ausüben, oder wenn aus sämtlichen Wahlzetteln nur für eine einzige Person gültige Stimmen abgegeben werden, alle übrigen auf jedem einzelnen Wahlzettel enthaltenen Stimmen also ungültig wären.“

Mit dieser Erklärung des Ministers aber war der Meldeschrift, soweit sie die Auslegung des letzten Satzes der angezogenen Paragraphen betrifft, im Prinzip recht gegeben worden. Damit war aber auch die Verbehaltnahme einer solchen Bestimmung im Statut kaum mehr möglich. Hinzukam, daß die Verbandsältesten die Einberufung einer neuen Generalversammlung beantragten und hierzu ein neues Reformprogramm ausgearbeitet hatten.

In der Sitzung des Knappichtsvereinstandes vom 11. November kam die Entscheidung des Ministers auf die Meldeschrift hin zur Sprache. Diese Entscheidung des Ministers mache die Änderung der Wahlordnung zwar nicht zur zwingenden Pflicht, aber — um, der Vergewaltigungsparagraph war auch nicht aufricht zu erhalten! Werksvertreter und Verwaltung wie die beiden Vertreter des Oberbergamts müßten sich ab, den Minister für die Änderung verantwortlich zu machen! Sie selbst hätten sie, nur nach einem Urteil Delbrück gerichtet! Leider ist dieser Erfolg bis heute nicht bekannt geworden. Der Vorstand beschloß, die Wahlordnung zur Wiederherstellung des alten Zustandes an den Sitzungsausschuss des Knappichtsvereins zurückzuweisen. Das ist geschehen. Am 9. Dezember wurden die Vorschläge mit den neuen Änderungen der Wahlordnung vom Knappichtsvereinstand angenommen. Damit war die Wahlrechtsverschlechterung zurückgeschlagen, der Bergarbeiterverband, der den Kampf hiergegen allein führte, um einen Erfolg reicher!

## Aus dem deutschen Reichstag.

### Plätschende Ohren gegen das Zentrum.

Vor 14 Tagen schon mußte das Zentrum im deutschen Reichstag plätschende Ohren laufen. Vor allen Dingen wurde die Haltung des Zentrums bei sozialpolitischen Fragen einer derben, aber um so gerechteren Kritik unterzogen. Die Witwen- und Waisenversorgung mußte vertagt werden, weil nicht genügende Geldsummen vorhanden waren. Und dasselbe Zentrum, das die Bedingung gestellt hatte, bei Abschluß des berüchtigten Zolltarifgesetzes, die Witwen- und Waisenversorgung bis zum 1. Januar 1910 in Kraft treten zu lassen, hatte selbst genügend mitgeholfen, daß bis zu dieser Zeit die hierfür bereitgestellten und nötigen Mittel ausblieben! Der Zentrumspartei wurde wegen dieser Politik mit doppelter Moral gründlich der Kopf gewaschen. Schlimmer aber fanden die Sieben hierauf diese herzlichere Partei bei Beratung des Nachtragsetats, die Unterstützung der Tabakarbeiter bestreitend. Die neue Tabaksteuer hat tausende und aber tausende Arbeiter entweder ganz oder für längere oder kürzere Zeit aus der Tabakindustrie ausgedüst. Hunger und Elend halten um die armen Tabakarbeiter ein. Und alle das, um die Reichen vor Steuern zu schützen! Kronprinz, Grafen, Füllstiften, und Prinzen schämen sich nicht, armen Leuten das Brot aus dem Mund zu schlagen. Wie verheerend die Tabaksteuer auf die Tabakarbeiter gewirkt hat, zeigt, daß die Kommission des Reichstags sich veranlaßt fühlte, dem Reichstag vorzuschlagen, die erste Abstimmung der Unterstüzung für die Tabakarbeiter von 2.000.000 auf 2.500.000 Mark zu erhöhen. Bekanntlich sind auf Antrag Giesberts vier Millionen Mark für die Tabakarbeiter bewilligt worden. Wie es nun mit der Unterstützungsfrage wie mit den Folgen der Tabaksteuer auf die Tabakindustrie steht und wie es ferner mit der „ehrlichen Volksvertretung“ des Zentrumspartei besteht ist, mag sich aus den Verhandlungen ergeben, die sich in vergangener Woche an die Beratung des Nachtragsetats knüpften. Wir geben in der Hauptrede die Stellen wieder, die die Politik der Zentrumspartei ins rechte Licht rückt und zwar war es der sozialdemokratische Abgeordnete Geher, der sich zuerst das Zentrum, dann nachher die Nationalliberalen ausspielen nahm.

Abg. Geher: Es ist höchst bedauerlich, daß unsere Interpellation über die Unterstützungen der Tabakarbeiter nicht schon vor Weihnachten zur Verhandlung kommt, denn Tag für Tag laufen Flugzeuge über Münsterland und die Ausschaltung der Arbeiter ist schon in einem. Die vorläufige Regelung, wie sie in der Budgetkommission vorgelegt ist, genügt keineswegs. Leider ist das eingetroffen, was wir in der Finanzkommission vorausgesagt haben. Das Unglück ist sogar noch größer geworden. Als wir damals sagten, 20 Proz. der Arbeiter würden arbeitslos werden, beschuldigte man uns der Übertriebung. Jetzt sind aber bereits

### 34.000 Gefüde um Unterstüzung

eingegangen und diese umfassen keineswegs die gefundene Arbeitslosigkeit. Unter allen möglichen und unmöglichen Gründen sind die Arbeiter mit ihren Geschäftsbürokraten und zahlreiche Arbeiter veranlaßt worden, überhaupt kein Preis und Unterstützung einzutreten!!

Der Abg. Goerling hat sich mit dem Zentrum über die Prinzipien des Gedankens der Unterstützung der arbeitslosen Tabakarbeiter gestritten. Wenn Sie die Akten des Reichstags nachsehen, so müssen Sie diese Prinzipien den Sozialdemokraten zuerlernen. Denn als 1908 die Begrifflichkeit austauschte, haben wir bereits in der Kommission verlangt, daß die dadurch arbeitslos werdenen Arbeiter entschädigt werden. Auch früher haben wir das schon bei anderen Gelegenheiten gefordert, und auch in der Finanzkommission dieses Jahres haben wir darauf hingewiesen, daß sie mit so ehr einer Entschädigung auswirken könnten, wenn Sie glauben, das Unglück nicht so groß sein wird. Dann haben die Arbeiter abgedankt und im Zentrum den Gedanken aufgegriffen und ihre Sichtung zur Tabaksteuer damit abdrapieren gesucht. (Widerspruch und Kritik im Zentrum.) Dazu, Sie wollten Ihre Haltung bei der Tabaksteuer vertuschen! (Schwefel-Bestimmung bei den Sozialdemokraten.) Vorher hat das Zentrum gegen die Tabaksteuer agitiert. Ihre ganze Presse hält davon wider, daß die Industrie diese Steuer nicht tragen kann. Dann aber haben Sie hier den Wertschlag durchgebracht und ihn sogar im Handumdrehen von 30 Proz. auf 40 Proz. heraufgesetzt. Darauf haben Sie das Unglück erheblich verschärft — und wollen sich nun als Wohltäter der Arbeiter ausspielen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Geher wendete sich auch gegen die loddige Behandlung der Unterstützungsbescheide und stellte fest, daß auch viele Unternehmer durch die Steuer rummiert worden sind. Eine Anzahl dieser Leute hätten zum Selbstmord gegriffen. Gegen den Vorwurf, dem wir auch in den christlichen Organen jetzt begegnen, daß die Sozialdemokraten das Elend der Tabakarbeiter noch vergrößern wollten, durch Besteigung der Elmarbeit, meinte Geher:

Sie — die bürgerlichen Parteien — wollen die Elmarbeit behalten, weil sie der Profit nicht der Unternehmer die Dienstleistung (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Die Hausarbeit ist das Mittel zur Sozialdemokratie. Die Arbeiter würden aus der Arbeit herausgedrängt, weil man bei der Hausarbeit die Löhne niedriger halten will. Die Tabakarbeiter wissen zu gut, daß die Besteigung

der Elmarbeit zu ihrem Vorteil ist, weil dann auch die elenden Löhne bestätigt werden. Durch die elenden Löhne der Elmarbeiter sind die Arbeiter in die Lage gekommen, auch elende und ungünstige Wohnungen zu haben, in denen sie von der Schwindsucht befallen werden. Dazu kommt die Kinderarbeit in der Elmarbeit! — Sie kommen mit dem Märchen: wie sie bei der Elmarbeit ein altes Mütterchen gesehen haben, das zu Hause in romischer Stube und römischer Kleidung und reinem Haubchen arbeitet. Über gerade die Arbeitnehmer, gerade diese armen Wesen werden in der Elmarbeit unermöglich ausgeschlossen von den Unternehmen. (Schwefel-Bestimmung bei den Sozialdemokraten.) Gerade diese armen Leute, die nur wenig verdienen können, werden zum Vomstrand benutzt. (Kritik bei den Nationalliberalen: Sie übertrieben!) Wir haben selber als Arbeiter unter diesen Leuten gesessen. Wie wissen, wie es dort aussieht! Sie nicht! (Schwefel-Bestimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär des Reichsschahans Wermuth stellt fest, daß es sich bei den 84.000 Gesuchten zum weitans prägnantesten Teil um kurzfristige Entlassungen handelt. Der Anthonius Dr. Burchardt meinte, daß die Arbeiter in den Tabakfabriken die Elmarbeit nicht ausüben, daß die Arbeitnehmer insofern wieder die Elmarbeit nicht ausüben. Die Sozialdemokraten seien keine Arbeitnehmerfreunde, wenn sie für Abschaffung der Elmarbeit eintreten!

Erzberger (Zentrum): Die falschen Prophezeiungen der bürgerlichen Linien über die Folgen der Zigarettensteuer haben sich als ganz falsch erwiesen. Sie (zu den Sozialdemokraten) haben gegen den Antrag Giesberts gestimmt, nachdem Ihr unbefriedigbarer Antrag abgelehnt war. (Kritik bei den Nationalliberalen: Sie übertrieben!) Wir haben selber als Arbeiter unter diesen Leuten gesessen. Wie wissen, wie es dort aussieht! Sie nicht! (Schwefel-Bestimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Molkenbuhr (Soz.): Ich muß doch einige Legenden zurückweisen, die hier aufgetaucht sind. Bekannt ist das Flugblatt der Münchner Gladbachere, in welchem es heißt, daß die Tabaksteuer angenommen ist; dadurch nämlich, daß die Frage der Entschädigung der Arbeiter von den Sozialdemokraten aufgeworfen wurde, habe sich überhaupt erst eine Möglichkeit für die Tabaksteuer geschaffen (Wahrheit bei den Sozialdemokraten). — Der Abg. Erzberger hat erklärt, die Sozialdemokraten hätten gegen den Antrag Giesberts gestimmt. Dieser ist in der zweiten Lesung mit 841 gegen 12 Stimmen angenommen worden. Unter denjenigen, die dagegen gestimmt waren, stand Dohna, Herr v. Heydebrand, Herr Hohenlohe, Graf Raniz, Herr v. Ströher, Herr Siebenbürgen, Graf Goldberg, Herr v. Oldenburg, alles kleine Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten haben vielmehr tatsächlich für den Antrag gestimmt. Zur dritten Lesung brachte dann Herr Giesberts einen Verschlechterungsantrag ein. Gegen diesen Antrag haben wir gestimmt. Wäre er — nach unserem Willen — abgelehnt worden, so wäre damit nicht die Entschädigung der Tabakarbeiter gefallen, sondern es wäre der Anteil in der Fassung der zweiten Lesung angenommen worden, und das nennt Herr Erzberger nun: wir hätten die Entschädigung abgelehnt! (Sobald ich bei den Sozialdemokraten.) Dabei haben meine Parteigenossen damals ausdrücklich hervorgehoben, daß wir für den Anteil in der Fassung der zweiten Lesung stimmen werden. Mit solchen Unwahrheiten werden Sie nur Geschäfte machen, wo Sie es mit ganz dummen Leuten zu tun haben, nicht aber hier im Reichstag. Daß Sie es auch hier vorbringen, geschieht vielleicht mir, um später sagen zu können: Es ist hier so gesagt worden, ohne daß die Sozialdemokraten widersprochen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger: Herr Abg. Molkenbuhr hat bestätigt, daß die Sozialdemokraten in der dritten Lesung gegen den Antrag Giesberts gestimmt haben. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten, Kritik: Unerhört!) Die Tatsache steht fest, daß Sie in der dritten Lesung gegen den Antrag gestimmt haben. (Abg. Fischer (Soz.): Gegen das Zentrum haben wir gestimmt!) Sie sagen nun, der Antrag bedeutet eine Verschlechterung gegenüber dem Antrag zweiter Lesung. (Abg. Stadttagen (Soz.): Nawohl man hat den Arbeitern mehrere Millionen gemacht!) Aber es handelt sich nicht darum, sondern lediglich darum, daß sich hier eine Vereinbarung mit dem Bundesrat bildete, um überhaupt etwas für die Tabakarbeiter zu erreichen. (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Abg. Stadttagen ruft: Wäre die Steuer abgelehnt, dann um so besser!) Dann wäre über keine Mehrheit für das ganze Tabaksteuergesetz vorhanden gewesen! (Sehr gut! und Bravo! bei den Sozialdemokraten. Bitte! Haben Sie es nur abgelehnt!) Meine Partei aber wollte das Tabaksteuergesetz zu Stande bringen und damit die ganze Finanzreform, und deshalb war sie geneigt, von dem Beschlus in zweiter Lesung zurückzutreten, um das große nationale Werk der Finanzreform zu Stande zu bringen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ihnen aber ist es unangenehm, daß das, was heute im Gesetz steht, von den Sozialdemokraten abgelehnt ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

In einer anderen Lesart lauten die Ausführungen Erzbergers wie folgt:

„Es handelt sich nicht darum, ob der Antrag in der dritten Lesung eine Verschlechterung für die Arbeiter bedeutet, sondern um eine Vereinbarung mit dem Bundesrat, um überhaupt etwas für die Tabakarbeiter zu erreichen. (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Abg. Stadttagen ruft: Wäre die Steuer abgelehnt, dann um so besser!) Dann wäre über keine Mehrheit für das ganze Tabaksteuergesetz vorhanden gewesen! (Sehr gut! und Bravo! bei den Sozialdemokraten. Bitte! Haben Sie es nur abgelehnt!) Meine Partei aber wollte das Tabaksteuergesetz zu Stande bringen und damit die ganze Finanzreform, und deshalb war sie geneigt, von dem Beschlus in zweiter Lesung zurückzutreten, um das große nationale Werk der Finanzreform zu Stande zu bringen.“

Abg. Molkenbuhr (Soz.): Wenn es richtig sein sollte, daß die Tabaksteuer gekommen ist, weil wir die Entschädigung der Arbeiter in Achtung gebracht haben; dann müßten ja unsere Anträge eher gekommen sein als der Geheimtunwurf über die Tabaksteuer! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

In Minden ist die niedrige Verleumdung fabriziert worden, die Sozialdemokraten hätten im Reichstag gegen die Entschädigung der Arbeiter gestimmt. Diese Verleumdung (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) wird dort jetzt systematisch verbreitet. Und nun erklärt Herr Erzberger auch hier, wir hätten gegen den Antrag Giesberts gestimmt! Er saß nicht wieden Antrag Giesberts. Es lagen nämlich zwei Anträge Giesberts vor: der erste auf Auszahlung der Unterstützung und ein zweiter Antrag, der den ersten verschlechtern wollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten!) Wir haben für den ersten Antrag gestimmt, aber natürlich gegen den zweiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt erklärt Herr Erzberger: diese Verschlechterung war nötig, weil sonst das ganze Tabaksteuergesetz zu Fall gebracht worden wäre. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Also das Zentrum hat für die Verschlechterung der Arbeiter gestimmt, weil es unter allen Umständen die Tabaksteuer retten wollte. Wenn das im Lande bekannt wird, wird das Zentrum in den Augen der Tabakarbeiter kaum gewinnen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das bedeutet sehr schön die ganze Sozialpolitik des Zentrums: daß es bereit ist, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern, lediglich um ein Steuergesetz zu retten. Ich dankte Herrn Erzberger für das offene Bekenntnis. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (periodisch): Herr Molkenbuhr gegenüber stellte ich fest, daß ich nur gesagt habe, wir hätten in dritter Lesung den neuen Antrag Giesberts eingebracht, weil nach Lage der Verhältnisse das Substrat der Tabakarbeiter auch das Substrat der Finanzreform zur Folge gehabt hätte.

Abg. Molkenbuhr (Soz.): Ich habe nicht gegen Ausführungen des Herrn Erzberger gesprochen, sondern nur festgestellt, daß Herr Erzberger hier fundgetan hat, daß der Verschlechterungsantrag Giesberts nur gestellt wurde, um das Zustandekommen der Steuerreform zu sichern. Daher war seine persönliche Bemerkung eigentlich überflüssig.

Mögen sich unsere Kameraden selbst die Anwendung aus diesen Verhandlungen ziehen. Wir haben geglaubt, gerade diesen Teil der Debatten veröffentlicht zu müssen, weil die Münchner Gladbachere anfangen, die Geschichte für sich auszumachen. Wir stellen dann aber noch fest, daß die Zentrumspartei (so die „Gelsenkirchener Zeitung“) in ihrem Parlamentsbericht die lekte

Wiederholungshörer sowie die verschiedenen Branche und Gewerbe unterstellt hat! Das ist von Organen, die wichtigste und größte Ausführungen einzelner Redner im Deutschen Reichstag in das Gesetz umwandeln und sie so verbessern, nicht anders zu erkennen. Also und Verdienstlich sind nun einmal die Täfeln des Zentrumsorgane, so daß sich noch in leichter Zeit das Zentrum gegen diese Kampfweise des Zentrumspreises mit aller Stärke wenden.

Aus den oben wiedergegebenen Verhandlungen ergibt sich, daß das Zentrum rücksichtlos vorgeht, um Steuerreform durchzudringen, die das arbeitende Volk belasten und zehnfachende Arbeiter brodeln machen. Nur dann weiß das Zentrum, wie deutsches zu pflegen, wenn es sich um Schönung reicher Städte beträgt.

## Volkswirtschaftliche Rundschau.

### Tantlemen.

Im Nachfolgenden sind von 22 Banken die gebildeten Tantlemen zusammengestellt. Es kommt dabei ein Aktienkapital von 1.817,8 Millionen Mark in Betracht. Dies ist aber nicht die Bruttomasse. Die Tochterunternehmen sind in die Tabelle nicht mit eingezogen. In den 22 Banken liegen 888 Filialen. Beide lädt sich nicht feststellen, wie viele Tantlemen im Jahre 1908 in ihre Tochterfirmen gelassen sind. Die Tantlemen haben die öffentliche Ausschreibung gestaltet in der öffentlichen Ausschreibung den Allgemeinen zusammen zusammengebracht, bei anderen werden die Tantlemen als Handlungskosten verrechnet usw. Es lädt sich nur feststellen, daß von den 22 Banken an sichtbaren Tantlemen 10,8 Millionen Mark verteilt worden sind. Der Jahresumsatz aller genannten Banken betrug 204.765 Millionen Mark.

	S. S.	Tantlemen in Mark	Aktien- kapital in Millionen Mark
Diskontogesellschaft	27	182.480	170,0
U. Schnaithausenscher Bank- verein	81	488.190	145,0
Directoren und Beamte	1.174.216	—	18.002
Bank für Handel u. Industrie	20	216.800	154,0
Berliner Handelsgeellschaft	25	410.205	110,0
Gesellschaftsinhaber u. Privat- Commerz- und Disconto- bank	14	485.795	85,0
Vorstand	—	108.293	22.442
Nationalbank für Deutschland	17	204.116	—
Vertragssichige Tantlemen u. Girokasse	—	260.183	80,0
Hessen-Württ. Diskontogesellsc. Gesell. u. Wechselseitige Tantlemen	15	1.030.748	—
Ehreng. Kreditanstalt	24	897.370	80,0
Westdeutsche Kreditbank	18	684.186	5.898
Bremen Bankverein	26	241.045	8.000
Magdeburger Privatbank	18	57.651	38,0
Württemb. Bank	12	50.170	5.048
Vorstand und Directoren	—	1.986.874	—
Hamburger Vereinsbank	10	412.500	86,0
Deutsche Effekten- u. Wechsel- bank	7	22.000	—
Vorstand und Beamte	—	44.001	80,0
Deutsche Nationalbank	18	808.679	8.507
Dresdner Bankverein	8	81.552	21,0
Vorstand und Beamte	—	149.554	—
Bayerische Bank für Handel u. Industrie	12	25.248	20,0
Vorstand und Beamte	—	50.108	8.070
Brückeler Disconto- bank	18	68.467	25,0
Mittelrheinische Bank	17	171.076	—
Norddeutsche Creditanstalt	15	184.987	20,0
Osnabrücker Bank	12	184.845	14,5
Obstbank für Handel u. Gewerbe	19	278.447	18,0
Konzern der Deutschen Bank	216	10.808	

800 Gründungsmitglieder sind im letzten Geschäftsjahr 1900 durch 170 neue die Gewerkschaften aufgestellt worden. Der Vorsitzende ist neu erweitert und hält Begegnungen. Soziale sind mit allen Berufen abgeschlossen. Die "Eintracht" steht durchweg höher. Ohne solle sie die Berufsgewerkschaften als Mittelmaßnahmen fördern. Sie steht es sich mit der Arbeitszeit. Darum will die "Eintracht" mit allen Gewerkschaften, die Berufsgewerkschaften, die ihr vertrauen, gemeinsame Bedeutung für die Anerkennung der Gewerkschaften in die soziale Neutralität, also Aufnahme aller Werktags im Vertrag, die gewünscht sind, schließen ohne jede Verstaatlichung. Auf der Grundlage der Gewerkschaftsneutralität ist auch die "Eintracht" begründet. Wennendt berichtet die Verwaltung über die Errichtung eines eigenen Vertrags mit einer Mühle und einer Fabrikalität.

Die Konsumvereine in Ruhrort wurde im letzten Jahre vom "Eintracht" übernommen, ebenso fanden Verhandlungen mit dem Gelsenkirchener Konsumverein statt, deren Ergebnis in einer Sitzung am 2. Mai 1900 in folgender Resolution zum Ausdruck gebracht wurde:

Mach eingehender Verhandlung erkennen die anwesenden Vorstands- und Ausschussmitglieder der beiden Gewerkschaften die Zusammensetzung des Allgemeinen Konsumvereins in Gelsenkirchen mit dem Bürger- und Arbeitervorstandverein "Eintracht" in Essen als im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung liegend sie erforderlich an. Dieser Zusammenschluss ist als ein sehr wichtiges und großes gesellschaftliches Werk anzusehen, zu dessen Gute Verwaltung fortgesetzt und daher längere Zeit in Aufspruch nehmende Vorbereitungen zu treffen sind.

Die heutige gesellschaftliche Sitzung der Verwaltungen beider Gewerkschaften ist deshalb mit Zustimmung des Verbandssekretärs zu den Entwicklungen gekommen, den Mitgliedschaften beider Gewerkschaften vorzuschreiben.

1. Der Allgemeine Konsumverein in Gelsenkirchen ist sich im nächsten Jahre auf und tritt mit seinen Mitgliedern und allen Verbündeten und Partnern zum Bürger- und Arbeitervorstandverein "Eintracht" in Essen über. Zugleich unterhält es der Allgemeine Konsumverein Gelsenkirchen sich mit Grundbesitz Bauten und Erweiterung von Produktionsstätten ohne Zustimmung des Bürger- und Arbeitervorstandvereins "Eintracht" in Essen zu beladen.

Bei Inzwischen erforderlich werden der Anlegung neuer Verkaufsstellen des Allgemeinen Konsumvereins in Gelsenkirchen ist apolitisch dessen Leitung und der des Bürger- und Arbeitervorstandvereins "Eintracht" in Essen vorher immer eine Verständigung herbeizuführen.

2. Der Bürger- und Arbeitervorstandverein "Eintracht" in Essen sieht sich in der nächsten Zeit im Saarland in Gelsenkirchen das zur Errichtung einer Bezirkszentrale erforderliche Gelände und übernimmt im nächsten Jahre die Errichtungen des Allgemeinen Konsumvereins Gelsenkirchen mit allen Aktiven und Passiven.

Das ist ein bedeutungsvoller Beschluss. Der Konsumverein Gelsenkirchen hatte bei Abschluß des letzten Geschäftsjahres 3281 Mitglieder, 12 Verkaufsstellen und einen Gesamtumsatz von 588 482,74 M. Durch die Verstärkung gewinnt "Eintracht" ganz außerordentlich an Bedeutung und bildet eine Grundlage, die zu den weitgehendsten Hoffnungen berechtigt.

So geht es vorwärts, unaufhaltsam, mit Menschenkraften und vielleicht in der Zeitpunkt nicht mehr allzuferne, wo der Gedanke der alten Bergarbeiter, für das rheinisch-westfälische Industriegebiet einen einheitlichen Konsumverein zu schaffen, seine Verwirklichung findet. Die gefundene und feste Grundlage dazu ist vorhanden und wir würden es begrüßen, wenn die in Frage kommenden Faktoren gleichen Gedanken näher treten und auf seine Verwirklichung hinzuwirken würden.

## Aus den Berggerichtsgerichten.

Gelsenk., Sitzung vom 30. November 1900. Vorsitzender Finanzdirektor Dr. Weigelt, Freiberg. Beisitzer aus der Mitte der Arbeitnehmer: Obersteiger Rader, Berndorf, Direktor Herzog, Gelsenk. aus der Mitte der Arbeitnehmer: Hauer Dahn aus Hohendorf, Hauer Herold aus Elbach. Zur Verhandlung standen vier Klageparteien. 1. Verurteilung des Bergarbeiters Karl Stoll auf Gelsenk. gegen die Allgemeine Knappelschaftsversicherungskasse in Freiberg auf Siedlung von Jubiläumskasse. Auf Grund der von der zuständigen Bezirkskommission erhaltenen Unterlagen, nach welchen der Kläger nochfähig sein soll zur Bergarbeit über Tage, wurde die Rente vom Rentenvorstand abgelehnt. Das vom Kläger beigebrachte Gutachten des Dr. Martell in Gelsenk. war dem Schiedsgericht nicht maßgebend, weil es die Frage ob Invalidität vorlegt oder nicht, nicht berührte. Das Schiedsgericht beschloß die Einholung eines Überzeugtens von Professor L. Braun in Bautzen. Die Sache wurde bis zum Eingang dieses Gutachtens vorläufig. 2. Verurteilung des Bergarbeiter Albin Nahmer in Oelsnitz gegen dieselbe Kasse auf Gewährung des Reichsaususses zu seinem Knappelschaftlichen Invalidengeld. Nach den Gutachten von Dr. Braun in Gelsenk. und Dr. Göderig in Zittau ist Nahmer noch zu landwirtschaftlichen und leichten Bauarbeiten fähig, weshalb das Schiedsgericht keine Verurteilung verhängt. Kläger war nicht erreichbar, angeblich wegen Krankheit. 3. Urteil der Knappelschaftsberufsgenossenschaft Sektion VII in Bautzen (§ 88, Abz. 8 des Berufsunfallversicherungsgesetzes) auf Einstellung der Rente des Hauers Barthold in Neukirchberg. Barthold hatte am 28. August 1898 eine Verlegung am linken Fuß beim Zupauer Steinbruchbau erlitten, welche ihm ursprünglich mit 20 Proz. der Vollrente entschädigt wurde. 1900 wurde die Rente auf 10 Proz. herabgesetzt. Nach neuerer Untersuchung im Kreiskrankenhaus Bautzen wurde nach Gutachten des Dr. Kurzweyl die Rente ab 1. Dezember 1900 eingestellt, weil keine erwerbstreibenden Folgen des Unfalls mehr vorhanden seien. Da Barthold vollständig alle Sichtdienste verloren hatte und nur anähernd 30 Proz. weniger verdient, als gleiche Arbeiter, wurde die Einstellung der Rente vom Schiedsgericht bestätigt. Es ist nun Sache des Barthold beim Werke vorstellig zu werden, damit ihm der fehlende Vertrag (30 Proz.) wieder ersetzt wird. 4. Die Verurteilung des Hauers Winter in Gallenberg war infolge von einem Erfolg, als sie mit einem Vergleich endete. Winter erhielt am 20. März 1900 eine Verurteilung am rechten Fuß, wonit ihm nach Gutachten des Dr. Billig in der Seifensälfte eine Rente von 20 Proz. der Vollrente gewährt werden soll, während er 38,5 Proz. verlangt. Durch Vergleich erhält Kläger vom 29. August 1900 ab bis auf weiteres eine Rente von 33 Proz.

## Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

### Papst Pius X. und die Gewerkschaftsfrage.

Der Kampf, wie er zwischen den christlichen Gemeinschaften und den sog. katholischen Fachabteilungen in Deutschland und anderwärts tobte, direkt unserer Kameraden bekannt sein. Viele halten sich unter Hinweis auf kirchliche Autoritäten für die berufene Vertreterin der wirtschaftlichen Interessen der katholischen Arbeiterschaft und der heftige Biderstreit, der hierüber zwischen beiden Männern entstanden ist, hat oft genug zu eklatanten aber auch zu ergötzlichen Episoden geführt. Jedenfalls zu Episoden, die bei ersten Themen andere Bedenken hervorruften. Die katholischen Fachabteilungen sie eine Organisationsbildung, die der Arbeiterschaft Deutschlands durch ihre Berufe und Berufsförderungslinien manchen Schaden gespielt haben. Und davon haben die heftigen Widerstände gefunden, auch bei den christlichen Gemeinschaften, die oft wenig das letzte Mittel zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu zweien zu haben. Daher kann auch der Zwiespalt, der nicht einmal half mediat vor den betroffenen Autoritäten, auf die man sie, wie gesagt, in beiden Lager setzte. Sei der oberste katholische Kirchenfürst, der Papst, würde in diese Zwiespalt hinzugezogen. Über eine völlig klare Stellung nahm man nie Position sicher nicht ein. Dennoch steht es unzweifelhaft fest, daß die katholischen Gewerkschaften mehr Gnade in den Augen des obersten Kirchenfürsten gehalten haben, wie die christlichen Gemeinschaften, eben der katholischen Fachabteilungen und den damit verbundenen Kämpfen halber.

Der Papst Pius X. kürzlich in unzweideutiger Weise seine Sichtung der gewissen Gewerkschaftsrichtungen präzisiert, worüber das "Katholische Journal", in ihrer Nr. 285 eine Zusammenfassung gegeben zu berichten weiß:

„Die katholischen Gewerkschaften haben sich zur Wahrung und Vertretung ihrer sozialen und sozialen und sozialen Interessen in der Union Economico-Sociali poli controllati italienischen Gewerkschaftsverein für die italienischen Gewerkschaften D. U. hilf dem. Sie in Bergamo zusammengetroffen. Am Freitag ging man darauf, ein Generalsekretariat für die diesem Verein angehörenden Gewerkschaften zu gründen. Dabei taucht die Frage auf, ob dieser neuen Gruppe auch solche beruflichen Verbände und Verbündungen angehören werden dürfen, die zwar nicht ausgesprochen katholisch seien, aber an den Grundsätzen christlicher Gerechtigkeit festhielten. Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsste zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen. Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die italienischen Gewerkschaften haben sich zur Wahrung und Vertretung ihrer sozialen und sozialen und sozialen Interessen in der Union Economico-Sociali poli controllati italienischen Gewerkschaftsverein für die italienischen Gewerkschaften D. U. hilf dem. Sie in Bergamo zusammengetroffen. Am Freitag ging man darauf, ein Generalsekretariat für die diesem Verein angehörenden Gewerkschaften zu gründen. Dabei taucht die Frage auf, ob dieser neuen Gruppe auch solche beruflichen Verbände und Verbündungen angehören werden dürfen, die zwar nicht ausgesprochen katholisch seien, aber an den Grundsätzen christlicher Gerechtigkeit festhielten. Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen. Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen. Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Die Anhänger des Papstes glaubten, die Gruppe müsse zu Gewerkschaften in Gewerkschaften in Deutschland zu verbinden und dies im Sinne eines vereinigten Gewerkschaftsverbandes einzuführen.“

Verdienstes in Amerika bis aus Osteuropa eingewanderten Revolutionären und anderen eingesetzt. Githill's eines Eingeständnisses die verbrecherische Verhältnisse der Grubendirection eigentlich schon zur Kenntnis, so hat der Mann auf der Spur auch gar kein Geht daraus genug, daß und verhindert die in dem verhältnissvollen Augenblick in der Mine eingeschlossenen Arbeiter entfliehen müssten. Wörtlich erklärte Mr. Taylor: "Die entflohenen Männer atmeten die giftige Gas. Sie konnten ihnen nicht entgehen. Gefangen in einem Kerker, dessen einziger Ausgang, solle Mannen war, versteckten sie in Stoff, genau so, wie eine Person die Kette genommen hat." Was nicht einmal wahr ist, wie Herr Taylor bestreit.

Im Übrigen fügt er mit dieser Erklärung ein durchsetztes Schuldberichtigung ab, bestätigt er doch authentisch, daß die Grube nur einen einzahnen Ausgang hatte, also ihre Opfer rettungslos, wie in einer Falle, feststanden. Dieses Schnellberichts erhält künftigen Charakter durch das Bergwirtschaftsamt des Staates Illinois, das folgende Vorlesung enthaltet: "Für jedes Kohlenbergwerk in diesem Staate soll neben dem Aufzugsschacht ein zweiter Rettungsschacht oder eine Festung nach der Überfläche vorgesehen und eingerichtet sein, oder es soll ein unterirdischer Durchgang zwischen der einen Mine und einem benachbarten Bergwerk hergestellt werden, der einen zweiten und benötigbaren Ausgang für alle Personen, die in den Minen arbeiten, vorhalten soll." Der Staat, der diese ungewöhnliche Bergschachtworschrift erlassen hat, sieht aber leider nicht im geringsten auf die Erfüllung dieser elementaren Vorderung der Betriebssicherheit und die kapitalistischen Werke brauchen darum auch nicht zu fürchten, von den Behörden, diesen Komplizen ihrer Blutschuld, die Verantwortung gezogen zu werden.

Am 20. November, gerade eine Woche nach dem Unglück, wurden 22 Männer lebend aus der Grube gebracht, und in dem traurigen Minenstädtchen lebte die harte Hoffnung auf, daß sich hundert und mehr Arbeiter noch lebend in den unteren Schächten befänden, aber ein Wiederanbruch des Feuers verunreinigte die proletarischen Helden, die sich an das Befreiungswerk gemacht hatten, wieder zu einigen Tagen der Unmöglichkeit, und darauf kam statt noch eines einzigen Überlebenden 108 Leichen. Und dann folgte, lange bevor die letzten unteren Schächte erreicht waren, von neuem die lustige Umschaltung der Grube und des Gründes. Schon am Abend nach der Explosion war der Hauptventilator am Schachteingang außer Betrieb gestellt worden, um das Eigentum zu retten und dafür hunderten begrabenen Arbeitern Luft und Leben abzuschnüren, denn Arbeiterleben sind in Amerika billiger als am Kongreß. Die Hunderte von Wunden und wenigstens tausend Falten können jetzt mit dem Bettelstab durchaus ziehen, denn der Staat, der als Vordrohfe des Kapitals ihnen die Grenzen heraus, läßt ihnen keinerlei Anspruch auf gesetzliche Entschädigung, und alles, was die eingeleitete Hassaktion des "Roten Kreuzes" ihnen bringt, reicht nicht einmal an, die einmalige Unterstützung seitens des großen Gewerkschaftsverbandes heranzutragen, die sich für jede der 400 hinterlebenden Familien auf durchschnittlich 150 Dollars beläufen soll.

Über die schwedische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908 berichtet bestimmtlich jetzt das Sekretariat des Gewerkschaftsbundes etwas verspätet, eine Darstellung, nach der die dem Gewerkschaftsbund angehörigen Verbände im Berichtsjahr rund 60 000 Mitglieder zählten gegen 55 000 im Jahre 1907 und 58 000 im Jahre 1906. Gegenüber 1907 ist ein Mitgliederverlust von 500 eingetreten, während die Mitgliederzahl von 1908 gegenüber 1906 immer noch eine Vermehrung um 600 aufweist. Der Mitgliedsverlust ist in der Hauptfahrt durch die Wirkungen der Wirtschaftskrise verursacht, aber auch verloren Streiks und Aussperungen haben dabei mitgewirkt, ferner separatistische Verteilungen, wie im Verband der Maurer- und Handlanger durch syndikalisch-anarchistisch gerichtete Italiener und Franzosen. Dieser Verband hat denn auch mit 86,4 Proz. den größten Rückgang erlitten; dann folgen die Stellnacharbeiter mit 26,6 Proz., die Gutsmacher mit 18,3 Proz., die Zimmerarbeiter mit 12,2 Proz., die Holzarbeiter mit 11 Proz., die Schuharbeiter mit 1,7 Proz. usw. Von den 19 Verbänden hatten im Jahre 1908 bereits auf einen weiteren Anstieg an Mitgliedern zu verzichten, 14 aber eine Verminderung. Der Stand der 19 Verbänden war 1908 dieser:

Verbände	Männlich	Weiblich	Total
Buchbinder	628	—	628
Friseure	200	—	200
Gemeinde- und Staatsarbeiter	1 750	53	1 813
Holzarbeiter	748	238	1 082
Holzarbeiter	6 870	8	6 878
Kohlnacher	200	20	220
Lebens- und Genussmittelarbeiter	8 8 8	80	4 178
Leberarbeiter	1 132	72	1 204
Lithographen	632	—	632
Maler und Glasper	2 840	—	2 840
Maurer- und Handlanger	2 541	—	2 541
Mittallarbeiter	18 781	40	13 821
Schneider	1 823	150	1 973
Steinarbeiter	1 774	—	1 774
Textilarbeiter	4 778	3 205	7 983
Tennisspieler	1 124	—	1 124
Typographen	8 045	—	8 045
Zimmerarbeiter	12 212	1 456	13 668
Zimmerarbeiter	1 330	—	1 330
Total	61 008	5 772	66 805

Dennoch der Gedanke des Industrieverbandes schon erhebliche Fortschritte gemacht hat, sind doch noch einige Zweigverbände vorhanden; die momentan ist den Kampf mit dem Kapital auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen angeeignet erscheinen und die daher ebenfalls nach und nach in den Industrieverbänden werden ausgetragen. Mit Besichtigung der Eisen- und Stahlwerke und des Postpersonals betrug 1908 die Zahl der organisierten Arbeiter und Angestellten 113 815, die 18,5 Proz. der gesamten 611 480 der Organisationsfähigen ausmachen. Den höchsten Prozentsatz der Organisierten weisen mit 32,4 Proz. die Eisenbahnarbeiter auf, dann folgen die Holz- und Maschinisten mit 73,8 Proz., Post- und Telegraphenarbeiter mit 58,2 Proz., die Textilarbeiter mit 50 Proz., graphische Arbeiter, 32,4 Proz. (Buchdrucker allein 21,9 Proz.), Maler und Glasper 21 Proz., den geringsten Prozentsatz von Organisierten haben die Textilarbeiter mit 4,4 Proz. Es ist noch eine riesige Arbeit an Agitation und Organisierung zu verrichten, um die Masse der Unorganisierten für die Gewerkschaft zu gewinnen.

## Knapschaftliches.

### Arbeiterfeindliche Sanktionsausübungskünste im Allgemeinen Knapschaftsverein.

Mit diesem Thema muhte sich die Tages- und Gewerkschaftspresse schon wiederholt beschäftigen, weil die Verwaltung des Bochumer Knapschaftsvereins sich seit längerer Zeit die denbarst gräßige Mühe gibt, die Vereinsregung in einer für die Mitglieder des Vereins ungünstigen Weise auszuführen. Es schont fast, als wenn die in der Verwaltung des Vereins beschäftigten Juristen nichts andres täten, als die Sanktion dorthin zu studieren, auf welche Art und Weise Strafenfeste auf Kosten der Mitglieder gemacht werden können. In dieser Beziehung ist in letzter Zeit Gottesdienst geleistet worden; die Verwaltung ist im Erfinden neuer Mittel, die Mitglieder zu schikanieren und zu schädigen, geradezu unerschöpflich. Als neuestes Verübungsbüchlein hat sie sich den § 12 Abzugs I der Sanktion ausreischen. Dieser lautet:

Mitglieder, welche infolge eintretender Gewerkschaftsfeindseligkeit aus der Gewerkschaft ausscheiden, haben über die Dauer ihrer Mitgliedschaft hinweg in einem während der Gewerkschaftsfeindseligkeit eintretenden Unterrichtungsfallen dann noch Anspruch auf die gesetzlichen Mindestleistungen der Kasse, wenn sie vor ihrem Ausscheiden aus der Kasse mindestens drei Wochen lang ununterbrochen einer Knapschaftskasse oder einer aufgrund des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Kasse angehört haben und die Krankheit, für welche sie die Kürzungsfestigung in Anspruch nehmen, innerhalb drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der Kasse eingetreten ist."

Die gesetzlichen Mindestleistungen der Kasse sind neben der freien Wahl und 15 Proz. des allgemeinen Lohnes als Knapschaft, während die vollberechtigten Mitglieder 60 Prozent des Lohnes erhalten. Jetzt wird seitens der Verwaltung versucht, möglichst viel Krankheitseinkommen in die Kategorie der Mindestberechtigten zu rangieren, und das bringen die Herren auf folgende Weise zustande: Wenn ein Mitglied am Montag erkrankt und einen Krankheitseinkommen nimmt, auslegend welchen Gründen aber erst am Dienstag nach der Arbeitsstelle dringen, weil sie seiner Ansicht nach nicht voll genug geladen waren. Sogar mit Strafen droht er den Arbeitern, wenn sie die Wagen seiner Meinung nach nicht hoch genug ausführen. Dabei werden jede Sanktion acht bis zwölf Wagenkohlen aus der Seilbahn geladen, die beim Transport herunterfallen, weil die Wagen zu überfüllt waren, die aber mit der Nummer 400, das ist die Bedennummer, bezeichnet werden, den Arbeitern also verloren gehen. Die Seilbahn darf nicht durchgelassen werden, damit die Arbeiter beim Schichtwechsel nicht dadurch gefährdet werden.

Rechte Holland (Schacht I und III). Das Strafverfahren steht auf

dem gleichen Fuß, wie die gesetzlichen Mindestleistungen, also die Hälfte des Lohnes als Knapschaft. Der 1. November ist aber ein Feiertag, an dem auf den Seilen nicht gearbeitet wird.

Durch solche Praktiken werden einzelne Kassenmitglieder schmer geschädigt. Am 26. October unterrichtete Peter, wie soll er nach seinem verdienten Lohn der 11. Lohnklasse angesetzt, durch die vorliegend beschriebene Methode, aber in die Kategorie der Mindestberechtigten versetzt wurde, um 78 M. am Knapschaftsgebäude, wodurch einer niedergelassenen Lohnklasse angehört, entsprechend weniger. Ein solches Verfahren fordert den stärksten Protest heraus und muss als ungerechtig bezeichnet werden. Alle können daher allen Bergarbeiter, die von den vorbeschriebenen Methoden betroffen werden, den Matz geben, sich sofort beschwederlich machen, dass Oberbergamt zu Dortmund zu wenden und wenn sie dort nicht bestreikt werden, den oberen Bergbeamten zu beschreiten. Es ist sehr bedauerlich, dass die Knapschaftsmitglieder standig einen Kampf gegen die Knapschaftsverwaltung führen müssen, um in den Genuss der ihnen zugeschätzten Ansprüche zu kommen oder sonstige Übergriffe der Knapschaftsverwaltung abzuwehren, aber gegen solche Praktiken muss der Kampf von allen Bergleuten aufgenommen werden. Dadurch entsteht aber auch der Knapschaft eine strenge Arbeit und darum auch Kosten, oder soll durch solche Praktiken einer Anzahl Beamten des Vereins Beschämung verschafft werden? Wenn man sonst keine Beschämung für die betreffenden Beamten hat, so entlässt man sie; dann wird auch Geld gespart und eine solche Sparmaßnahme wäre immer noch besser angebracht, als wenn man den Knapschaftsmitgliedern die ohnehin geringen Beziehungen zu schmälen sucht.

## Misstände auf den Gruben.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

#### Rabbed „berichtigt“.

In Nr. 49 der "Bergarbeiter-Zeitung" brachten wir über die Verhältnisse, wie sie jetzt wieder nach der Katastrophe herrschen, folgenden Bericht:

Auf Rabbed scheint jetzt wieder dieselbe schlimme Tiefborei eine zu setzen, wie sie vor der Katastrophe geherrscht hat. Das wird durch folgende Zuschrift eines jetzt dort beschäftigten Arbeiters bestens illustriert:

"Die Grube ist eine richtige Vollgefessel geworden. Fast immer hat man einen Aufpasser hinter sich, damit nur ja jede Minute Arbeitszeit voll ausgenutzt wird. Kann man die Kumpels nach der Einsicht vor ihrer Arbeit angelaut, steht schon der Steiger hinter ihnen. Viele Arbeiter sind genötigt, bevor sie die Arbeit beginnen, ein Stück Butterbrot zu essen; aber davon ist nicht mehr zu denken. 'Hoi, hoi' rufen der Steiger, 'seid ihr noch nicht alle an der Arbeit, die an den Schichten schon schon schon!'" Oder: "Die Zeit jetzt jetzt jetzt das Holz, während die andern schon Kohlen liefern?" Geschossen wird nicht, die Arbeiter müssen sehen, wie sie mit dem letzten Gestein fertig werden. Wenn der Steiger einige andere Betriebspunkte abgelaufen hat und nach kurzer Zeit wieder kommt, sagt er trocken: "Was, ihr seid noch nicht weiter?" Nun ist der Steiger weg, er schaut der Fachkraft und kann hat der den Steiger weg, er schaut der Fachkraft und kann hat der den Steiger gefehlt, ist schon der Betriebsführer da, damit es nur den Arbeitern nicht einfällt, auch nur eine Sekunde ausgenutzt zu lassen. Kohlen, Kohlen und wieder Kohlen, rastet alles, was sich Beimate nennt. Wie kommt es, daß hier so wenige Kohlen herauskommen? Das ist die brennendste Frage, welche den Arbeitern immer wieder entgegentgestellt. Sagen die Leute, wir müssen Energie abholen und verlegen, dann heißt es: Das ist bei uns keine Energie; ihr seid Faulenzer, ihr arbeitet keine acht Stunden um. Acht Stunden sollen die Kumpels minutiöschen schaffen; dazu kommt in dieser Zeit so viel Stress, daß sie fast immer einen Aufpasser oder Autoblock hinter sich stehen haben. Zu einem Hauer sagte der Steiger: 'In einer Viertelstunde bin ich wieder hier, wenn bis dahin diese Arbeit nicht fertig ist, werden Sie bestraft.' Aber nur einmal werden Sie bestraft, das zwölftmal gehen Sie mit zum Betriebsführer!" Auf gut Deutsch heißt das: 'Dann erhalten Sie sie ihre Entlassung.' Das Schreiben unseres Kameraden schließt: 'Bergarbeiter, bleibt da, wo ihr seid, und hört euch vor Hecke Rabbed!'"

Das Schreiben spricht für sich. Dagen in solchen Verhältnissen, wie sie darin geschildert werden, nicht auch die Ursachen der Massenkatastrophe? Man scheint wirklich nichts weiter zu hoffen! Unsere Kameraden erwähnt hatte, sich der Organisation anzuschließen. So wird das Koalitionsrecht der Arbeiter wahrgenommen. Schon im vorigen Jahre hat man diesen Kameraden strafweise aus der Grube über Tage verlegt, weil er bei den Knapschaftswahlen Stimmen gegeben hat. Trotzdem er den Beamten als tüchtiger, fleißiger Arbeiter bekannt war, bat man ihn jetzt hinausgeworfen, weil er von seinem Koalitionsrecht Gebrauch machte. So ist es vor etwa sechs Wochen auch dem Kameraden M., der Vater von sechs Kindern ist, ergangen. Das hat allerdings seine guten Gründe, denn Misstände sind in Meng vorhanden, und die Bestimmungen des Berggesetzes, wonach bei einer Temperatur von über 28 Grad Celsius die Schichtzeit sechs Stunden nicht überschreiten darf, werden nicht sonderlich beachtet, und da will man sich die längsten Männer vom Halse schaffen. Kommt es doch vor, daß bei einer derart hohen Temperatur statt sechsstündig zwölfstündig gearbeitet wird. Was sagt dazu die Bergbehörde? Auch die Löhne sind stark gesunken; siehe doch die Schichtlöhne 80 Pf. pro Schicht niedriger, wie auf den umliegenden Werken. Als bei der letzten Lohnbewegung infolge der schlechten Verhältnisse viele Kameraden abwanderten, sah das Werk alles daran, um sie zu halten. Viele Kameraden liegen sich auch überreden, müssen aber jetzt erleben, daß es nicht besser, sondern schlimmer geworden ist. Das ist der Dank der Grubenherren. Wie lange noch wollen sich die Kameraden diese Willkür gefallen lassen?"

Monte Genius (Schacht I und III). Auf der britischen Seite geht der Bergbauschafter immer zu Fuß weg, so daß die Arbeiter ruhig mit den legenden Arbeitern einlaufen, in der Regel die Gefahr nicht erkennen, was doch die Gefahr nie von Mackie ist. Beim Schichtwechsel müssen die Maschinen auch etwas früher stillgestellt werden, kommt es doch vor, daß diese während der Seilschaft noch zwischen den Deutzen herumfahren. Auch der Bürochef und der Bevorratung bei der Seilschaft könnte etwas entgegenarbeitet werden. Allesamt kam ein Kamerad durch Unfall zu Tode. Derselbe soll selbst an seinem Tode die Schuld tragen, weil er die Barrieren nicht vorschriftsmäßig am Steinenberg zugemacht hatte. Augenscheinlich trifft das zu. Waren die Barrieren aber früher so scharf in Ordnung wie jetzt, hätte das Unglück doch vielleicht vermieden werden können.

Rheinbahnabschläge. Ein schneidiger Wind weht hier zurück. Man kann es anstrengen nicht unterlassen, von Zeit zu Zeit einzige Arbeiter direkt die Arbeit in die Hand zu drücken, und zwar gleichzeitig das, obwohl sich die Arbeiter oft im Freien befinden. Noch vor einigen Tagen erhielt ein Arbeiter, welcher auf Rheinbahn pünktlich abgelegt worden war, auf einer Nebenzeche direkt Arbeit mit dem Bemerkten des vorliegenden Betriebsführers, daß es doch unmöglich sei, einem Arbeiter wegen solcher Kleinheiten die Kapiere zu geben. Fast immer sind es aber solche Leute, die sich öfter in den Dienst der Arbeitergestalt gestellt haben, welche so abgesondert werden. Ob man hier den Wunsch des Herren Büros von Eigen erfüllen will, welcher vor kurzer Zeit in einer Generalversammlung äußerte: "Die Sozialdemokratie schenkt Ihnen auch hier der Bergarbeiterverband" müssen dies sammt und sondere ausgerottet werden. Jeder muß dazu mit beitragen." Beimate von Rheinbahn waren hier jetzt angegeben. Ob so etwas etwa die Nachstrebende Tätigkeit auszulösen. So legen die Leute im Vieh II über chronischen Holzmangel. Der Steiger weiß sich öfters selbst kleinen Staat. Er sagt, an ihm läge es nicht. Hier wird wohl der Betriebsführer wissen, woran es liegt. Wenn auch nicht bei der Ausfahrt, so doch aber bei der Anfahrt ist man hier sehr plump. Oester müssen die Arbeiter recht lange auf ihre Lampen warten, kommen sie dann zum Schacht, so ist es nach Ansicht, wieviel der höheren Beamten, zu spät. Die Leute können einfach nach Hause gehen. Von Bergarbeiter sind sie entwöhnt; es bleibt nur der Klagenberg überzeugt, und davon wird leider zu wenig Gebrauch gemacht. Das hat jedoch auch seine guten Gründe. Vor kurzer Zeit wurde wieder 18 Leuten die Aufsicht verweigert, weil es zu früh sei. Am selben Morgen erklärte der Betriebsführer dem Kammermeister: "Wenn Sie nur eine solche Panne anstreben würden, ich säße Ihnen an den Kopf." Über seit der Zeit, als man von oben etwas von sparen hörte, vergab man auch hier die Lampenbude an einen Kamerad. Es kommt die Zeit so billiger weg, aber es ist auch danach. Unfälle Puglappen scheint man Spezialware zu benutzen. Um solche Sachen möglicherweise man sich auf Rheinbahn verlämmern. Daß man der freien Arbeiterbewegung "halt" entgegenklopft, hilft ja doch nichts. Wie klappt doch wieder "au".

## Königreich Sachsen.

Tiefbauschächte (Orgel, Verein). Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen, so wird es jetzt wieder vor dem Freizeit der Liebe von tauenden Kugeln herunter. Diese schöne Lehre besteht leider fast nur in der Theorie, in der Praxis wird sie von denen, die sich Christen nennen, fast garnicht gehütet, und die Grubenherren pfeifen völlig drauf. Sie erklären den organisierten Arbeitern den Krieg bis auf Messer, und wer sich nicht sagt, der fliegt unbarmherzig aus Steghausplatzen. Das mußte auch der Kamerad B. von hier erfahren, der am 8. Dezember ohne jeden Grund entlassen wurde, nur weil er sich in einer Versammlung am 5. Dezember an der Diskussion beteiligt und seine Kameraden ernannt hatte, sich der Organisation anzuschließen. So wird das Koalitionsrecht der Arbeiter wahrgenommen. Schon im vorigen Jahre hat man diesen Kameraden strafweise aus der Grube über Tage verlegt, weil er bei den Knapschaftswahlen Stimmen gegeben hat. Trotzdem er den Beamten als tüchtiger, fleißiger Arbeiter bekannt war, bat man ihn jetzt hinausgeworfen, weil er von seinem Koalitionsrecht Gebrauch machte. So ist es vor etwa sechs Wochen auch dem Kameraden M., der Vater von sechs Kindern ist, ergangen. Das hat allerdings seine guten Gründe, denn Misstände sind in Meng vorhanden, und die Bestimmungen des Berggesetzes, wonach die Schichtzeit sechs Stunden nicht überschreiten darf, werden nicht sonderlich beachtet, und da will man sich die längsten Männer vom Halse schaffen. Kommt es doch vor, daß bei einer derart hohen Temperatur statt sechsstündig zwölfstündig gearbeitet wird. Was sagt dazu die Bergbehörde? Auch die Löhne sind stark gesunken; siehe doch die Schichtlöhne 80 Pf. pro Schicht niedriger, wie auf den umliegenden Werken. Als bei der letzten Lohnbewegung infolge der schlechten Verhältnisse viele Kameraden abwanderten, sah das Werk alles daran, um sie zu halten. Viele Kameraden liegen sich auch überreden, müssen aber jetzt erleben, daß es nicht besser, sondern schlimmer geworden ist. Das ist der Dank der Grubenherren. Wie lange noch wollen sich die Kameraden diese Willkür gefallen lassen?"

### Oberbergamtsbezirk Breslau.

Gedwigswuhsgrube bei Bahrze. Es ist als ein Glück zu betrachten, daß auf dieser Zeche bei der Seilschaft noch kein Unglück vorgetragen ist. Unter dem Schacht ist bei der Seilschaft ein starker Gefängnis, welches dadurch entsteht, daß über die Stunde hinaus immer noch gefördert wird. Was läuft die Bergarbeiter bestreitend die Seilschaft? Kohlen und wieder Kohlen, das ist die Parole, welche die gesetzlichen Vorschriften befehlt. In den Badehäusern herrscht auch wenig Ordnung. Es sind zwei Badehäuser da, aber es darf nur eines benutzt werden. Vom Augustschacht bis zum Doppelschacht muß man fünf Minuten laufen in den nassen Kleidern; dann sollen sich drei bis vier Männer unter einer Dusche auf einmal waschen. In den Badehäusern soll darauf geachtet werden, daß für die Jugendlichen eine besondere Abteilung eingerichtet würde. Hier aber wöhnt sich jung und alt alles untereinander. Trinkwasser steht manchmal einzige Stunden unten am Schacht, bevor es weiter befördert wird. Im Westfeld II. Hochhammerschacht ist die Temperatur sehr unangenehm und die Temperatur darüber eine sehr hohe. Das mußte auch der Kamerad B. von hier erfahren, der am 8. Dezember ohne jeden Grund entlassen wurde, nur weil er sich in einer Versammlung am 5. Dezember an der Diskussion beteiligt und seine Kameraden ernannt hatte, sich der Organisation anzuschließen. So wird das Koalitionsrecht der Arbeiter wahrgenommen. Schon im vorigen Jahre hat man diesen Kameraden strafweise aus der Grube über Tage verlegt, weil er bei den Knapschaftswahlen Stimmen gegeben hat. Trotzdem er den Beamten als tüchtiger, fleißiger Arbeiter bekannt war, bat man ihn jetzt



**Das christliche Arbeiterblatt** ist entweder schlecht unterrichtet oder es entstellt die Tatsachen, um Herrn Vogelsang gegen die Streikenden und den Bergarbeiterverband herauszuhauen. Doch es bedurfte ja einer „christlichen“ Tat amor, aber kein Meisterschreis, Octavio! Doch es bedurfte aus der „schlechten Seiten“ durch den „Bergknappen“ nicht, dann gerade mit Rücksicht darauf, dass seine Lohnforderungen gestellt, obwohl unter Vogelsangscher Herrschaft der Lohn von 1903 um 21 Pf. pro Schicht gestrichen worden ist, trotz erheblicher Steigerung der Arbeitsleistung. Wede es sich um Lohnforderungen gehandelt haben und es sage tatsächlich in der Macht der Organisationsleiter, solche Streiks zu „machen“, wenn sie es will gezeigt halten, dann allerdings wäre der Zeitpunkt ungünstig „gewählt“ gewesen. Aber um Lohnforderungen handelt es sich nicht und Streiks wie der Masselbergs, der Ruhbergarbeiterstreik von 1889 und noch mehr von 1905 lassen sich nicht „machen“, sondern das sind Miniatur-Revolutionen, die aus den Verhältnissen geboren werden, und auf die die Worte von Victor Hugo zutreffen (1708 Seite 167):

„Die Revolution ist eine Kräftigung des großen Unbekannten. Man nennt sie gut oder böse, je nachdem man die Zukunft oder Vergangenheit herbeihält, aber man macht ihr die Urfprung nicht streitig. Sie scheint allerdings aus dem gemeinschaftlichen Zusammenwirken von großen Ereignissen und großen Menschen hervorgegangen, ist aber in der Tat lediglich die Kräftezumme der Ereignisse. Die Ereignisse geben aus; die Menschen zählen. Die Ereignisse dictieren; die Menschen unterschreiben.“

So war es 1889 im Saarrevier, 1893 und 1905 im Ruhrrevier, wo wohl der deutlich ungünstigste Zeit und trotz des „Einschlusses“ der „christlichen“ trotz ihres „strategischen Scharfsichtiges“ und trotz des Bremsens der Organisationsleitung der Streik ausbrach und die Linie über „Christen“ und „Unchristen“ dahinwollte, obwohl alle diejenigen, die das Gras wünschen hören, davor wussten, dass der Streik verloren ging, und nicht anders war es 1900 in Mansfeld. Während es sich dort nun Lohnforderungen handelte, kämpfte man hier um Gewährung eines seit mehr als 40 Jahren garantierten Staatsbürgerrights, eine Forderung, die mit der wirtschaftlichen Ausjunktur absolut nichts zu tun hat, und falls das der Fall wäre, warum haben denn die Herren „Christen“ nicht längst den „geeigneten Zeitpunkt“ ergriffen und das System der „christlichen“ Scharfmacher niedergekommen? In 40 Jahren hätten die „christlichen“ doch vielleicht einen Zeitpunkt finden können, der Aussicht auf Erfolg gesicherter hätte. Über in Mansfeld gab es keine freien Gewerkschaften, keine Sozialdemokratie zu bekämpfen, sondern ein brutales Unternehmertum, und „christliche“ Gewerkschaften sind nur gegründet, die Sozialdemokratie zu bekämpfen und erst jetzt, nach dem diese in Mansfeld den Einzug gehalten hat, erst jetzt ist dort eine „christliche“ Gewerkschaft notwendig, zum Nutzen der – Vogelsänger. Ist das etwa der Vater des Gedankens der Urteil?

Der Streik musste verloren gehen, sagte der „Bergknappe“ und es sei richtig gewesen, der Verband hätte die 45 Gewerkschaften unterstellt, als 10000 andere zum Streik aufgefordert. Aber gerade darin liegt die Bedeutung des Mansfelder Streiks, dass 10000 reaktionäre, gelbe Arbeiter, in den Kampf traten, aus Solidarität für ihre gemäßigten Kameraden, und, wie soll eine Arbeiterorganisation diese Achtung, sowohl bei den Arbeitern wie beim Unternehmertum, erlangen, die ihre Mitglieder misshandeln lässt, ohne sich dagegen zu rühren, die sich, die „christlichen“, auf Witten verlegt? Als der ganze „christliche“ Arbeiteraustausch auf Grube Silberbach aus Strafmaßnahmen geworfen wurde, schrieb die „tapfere“ Gewerkvereinsleitungatifte auf den Handelsminister und die hinausgeworfenen „Christen“ taten Buße und wurden wieder angeleget! Das mag zwar „christliche“ Taktik sein, andere Menschen nennen es händische Unterwerfung, Prostituierung gewerkschaftlicher Gründsäye.

Wie der Streik in Wirklichkeit „verloren“ gegangen ist, darüber gibt die letzte Nummer der „Bergarbeiterzeitung“ Auskunft in der monatlichen Abrechnung. Darnach haben an Beiträgen für den vorherigen Monat abgeliefert: Güsken 4500, Heitsch 8021,40, Heitsch 1318,50 Mark. Insgesamt steckte wurden rund 16000 Mark abgerechnet. Weil eine solche „Niederlage“ wird Herr Vogelsang sicherlich nicht erkennen sein, der Bergknappe muss ihm zur Hilfe eilen, und das er es tut, klärt nur die Situation, fügt mir die gewaltige kulturelle Bedeutung dieses hochwichtigen und ereignisreichen Kampfes nicht im mindesten beeinträchtigen.

### Königreich Sachsen.

#### Arbeitsraum und Werkverwaltung.

Gegen Beendigung des Bergdirektors Kneisel auf Höhe Kaisergrube in Gersdorf war der Bergarbeiter Heber vom Schlossgericht Hohenstein-Großhennig zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hat der Angeklagte sowie der Staatsanwalt Verurteilung eingelehnt. Der Sachverhalt war folgender: Ende Dezember 1908 oder Anfang Januar 1909 sind drei Bergarbeiter entlassen worden. Aus diesem Alatar ist im Gasthof „Zum blauen Stern“ in Gersdorf eine Protestversammlung stattgefunden, in welcher die Wiedereinführung der entlassenen Arbeiter gefordert werden ist. In dieser Versammlung sind auch der Lokalbeamte Diege und der Bezirksteuerstrafteuer angewandt gewesen. Letzterer soll das Wort geführt haben, wie es in der Auflösungsschrift heißt. In jener Versammlung sind die Vertreter der Knappenschaufelkasse geziert. Man und der Arbeiteraustausch, bestehend aus vier Mann, der auftrat, und bei der Direktion um Wiedereinstellung der entlassenen Kameraden bestelligt zu werden. Am andern Morgen nach jener Versammlung und zwar am 23. Januar, hat der Direktor Kneisel, welchen die Versammlung nicht unbekannt war, diese bezeichneten 14 Leute in der Mannschaftsstube zusammen kommen lassen, und nachdem er sie mit einer Flut von Vorwürfen und Bestimmmungen überhäuft hatte, als 14 Mann aus der Arbeit entlassen. Auf Vorhalt Hebers, dass die J. Kreiszeit doch ungerecht sei und die Arbeiter in ihrer Rechtigkeit wären, hr. Kneisel erklärt, sie sollten nur zu Diege und Kruse gehen und sich von diesen entschuldigen lassen. So hat nach diesem Vorgange eine Postkarte ansetzen lassen, auf welcher die 14 Entlassenen in Bild festgehalten sind und ein Gedicht mit der Überschrift „Die 14 unverbesserlichen“ zu lesen ist. Diese Karte ist in 1000 Exemplaren erstanden und von der Buchdruckerei der „Volkstimme“ in Chemnitz hergestellt worden. Der Bergknappene Druck Landgraf wurde jedoch in der Schriftgerichtsverhandlung freigesprochen. In dem Gedicht wird das Bergarbeiter Kneiselscharf gegeißelt, indem gesagt wird, dass er die Arbeitervertreter rot-Schwärze und Zeitungsbeiger genannt, dass er er rüberzigerweise mitten im Winter 14 brave Arbeiter mit 14 Frauen und ca. 40 Kindern brutal gemacht habe, und das, wer sich dem Willen Kneisels nicht füge, der Siege. Durch den Text dieser Karte fühlte sich Kneisel bestätigt. Auf seine Anzeige hin hat sich die Staatsanwaltschaft der Sache angenommen und im öffentlichen Interesse Strafantrag gestellt. Heber stellte in Abrede, die Ansicht gehabt zu haben, zu beleidigen; er bestreitet ferner, dass eine Belästigung vorliege, denn er habe lediglich die richtige Taktik wieder gegeben. Der als Zeuge gelöste Direktor Kneisel gab zunächst an, dass die Entlassung der drei Arbeiter erfolgt sei auf Grund eines Prozesses des Bezirksleiters Maulius Krause, welcher wegen Beleidigung Kneisels zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden ist und in diesem Prozess sei einer der Entlassenen als Zeuge aufgetreten. Hierbei habe sich herausgestellt, dass der betreffende Zeuge dem damaligen Angeklagten Krause den Stoff zu seinen belästigenden Zeitungsartikeln geleistet habe und später als Vertreter des Arbeiteraustausches gewählt worden sei. Ein anderer soll wegen Beschimpfung eines königlichen Knappen und der dritten wegen Faulheit entlassen worden sein. Zur Begründung gab Kneisel an, dass die Leute sich als Handlanger für die Sozialdemokratie hätten benennen lassen und weil einer in der Versammlung daran eingetreten sei, dass die Sache vor den Disziplinarrat gehöre. Die Entlassung sei das einzige Mittel, um Ruhe zu bekommen und das gute Unternehmen nicht zu tönen. Dann bestätigt der Zeuge die auf der Karte angebrachten Schwörworte, musste aber auf Vorhalt in einzelnen Abgleich doch alles ändern. Der Angeklagte hielt dem Zeugen vor, dass die Arbeiter zu den Disziplinarräten, deren Vorsitzende der Zeuge ist, kein Vertrauen mehr gehabt haben und belegt dies durch einige Beispiele. Die zwei nächsten Zeugen ebenfalls Entlassene bestätigten, dass Kneisel das gesagt habe, was auf der Karte steht. Auf die Einwendungen Kneisels erklärte der Angeklagte noch, dass nach Ausspruch der Erstklässling er gebeten habe, eine Disziplinarratsprüfung einzuberufen worauf ihm von K. geantwortet sei, sie hätten nichts mehr zu sagen. Der Staatsanwalt hielt die Beleidigung für erwiesen, es liege eine Pflichtvergessenheit vor, weil den Arbeitern auf Grund ihrer Arbeitsordnung der vorrichtsrechtliche Beschwerdeweg zugestellt habe. Er verfügte daher, dass Strafmaß zu erhöhen, zumal sich K. durch den Verlust der Karte einen Geldverlust verschafft habe. Der Aufführung des Strafmaßes trat der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Stöck auf, gegen welcher aussah, dass ohne für eine Partei Stellung zu nehmen, gezeigt werden könnte, dass mit einer Partei und Richter und Verteidiger verbunden sei an, welche Weise man schwierig nach erweisen würde, dass man möglicherweise irrtümlich Frieden, Sicherheit, Ordnung in einer Bergarbeiterwoche machen kann, man legt nicht hier Rücksicht auf die eigene

geschehen wäre. Die Entlassenen wollten nur das Beste, von edlem Streben getrieben, wollten sie für ihre Nebenkolllegen eintreten, damit diese wieder eingezogen würden, dass werden sie selbst noch entlassen. Bei objektiver Beobachtung müsse man dann weiteres gegeben, das mit übergrößer Härte gegen diese Leute vorgegangen worden sei, indem sie nebst ihren Familien mitten im Winter brotlos gemacht worden seien. Der Verteidiger sprach auch seine Bewunderung darüber aus, dass der Staatsanwalt bei dieser Privatlage eingedrungen sei. Eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen sei nicht eine angemessene, sondern eine sehr harte Strafe. Wenn man nicht in einem Freitisch kommt, so sei eine Geldstrafe von 50 Mark für einen unbefallenen Bergarbeiter, welcher in seiner Pflichterfüllung gegen die entlassenen Kollegen zu Stiche gekommen ist, entsprechend hoch genug. Man dürfe auch nicht vergessen, dass es sich hier um eine Parteifahne ist, um einen Parteistampf handele. Von dieser Überzeugung des Verteidigers lautet das Urteil auf Verwertung der beiderseitigen Berufungen und Tragung der Kosten. In der Bekundung wurde hervorgehoben, dass die Werksverwaltung jederzeit zur Entlassung der Arbeiter berechtigt gewesen sei; die Arbeiter hätten auch die Werksordnung übertragen. Zur Pflichterfüllung von Ruhe und Frieden sei Herr Kneisel auch zu solchen Maßnahmen berechtigt. Die Vorwürfe gegen ihn seien aber unwahr. Der Angeklagte habe in der Amtshandlung, Herr Kneisel in seiner Ehre zu verlegen. Dennoch wird das Urteil nicht dazu beitragen, dass Ruhe und Frieden auf der Kaisergrube einkehrt.

### Oberbergamtbezirk Breslau

**Rothenbach.** Obwohl durch die neuen Steuern und andere Misshandlungen nicht den Arbeitern gerade die Gastwirte mit anhören werden und obwohl die bissigen Gastwirte sonst und besonders in der Hauptstadt nur auf Arbeitertumstiftung angewiesen sind, werden die organisierten Arbeiter von ihnen sehr schlecht behandelt, man kann schon sagen, misshandelt. Um nur ja zu erläutern, dass den Arbeitern kein Preisnig in der Tache bleibt, sucht man sich gegen seitig im Arrangieren von Vergnügungen und anderem Allora zu überbieten. Da werden Vereine über Vereine, deren Hauptaktivität darin besteht, mindestens alle zwei Monate und noch öfter ein Tanzvergnügen oder sonst etwas zu veranstalten, gepraktiziert. Natürlich sucht man in solchen Vereinen mit allen Mitteln die Arbeiterschaft herauszuholen, würde man doch ohne diese in manchen Vereinen kaum den Vorstand zusammen bekommen. Sozial ein Gastwirt 10–15 solcher, für die Beteiligung sowie für die Allgemeinheit äußerst schädliche Vereinigungen in seinen Mauern beherbergt, glaubt er gesichert und weist hohllaudend die Wünsche der organisierten Arbeiter, ihnen das Vorstoß zu Versammlungen zu überlassen, zurück. Besonders sind es in Rothenbach zwei Gasträume, welche sich in der Versklavung der Arbeiterschaft sehr hervortun, Herr Brandner im Gerichtsleichtam und Herr Barthel im Paulinenturm. Herr Brandner, bei dem bis vor kurzem die Arbeiterschaft ihre Veranstaltungen abhalten konnte, hat, obwohl nur Arbeiter bei ihm versammeln, es jetzt für nötig befunden, diesen das Lokal zu entziehen. Ein wiederholtes Vorstellungsverbot, hatte mir zur Folge, dass er jeden Vermittlungsvorschlag höhnisch ablehnt. Wenn dieser Herr glaubt, ohne die Arbeiterschaft auszutreten, so wird die Zukunft leben, ob sein Glaube recht behält. jedenfalls wird sich die Arbeiterschaft zu wehren wissen, indem sie ihm solang mit ihrem Vorschlag verhindert, bis er anderem Sinnes geworden ist. Schließlich liegen die Dinge bei Herrn Barthel. Dieser Herr glaubt schon für die Arbeiter genug getan zu haben, wenn er sich somit herablässt und diesen ein Gesetz einschreibt. Treuerzig, wie er ist, behauptet er ein Freund der Arbeiter zu sein. Seinen Saal kann er – bitte nicht zu achten – wegen der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung stellen, weil sonst, man höre und sehe, die bei ihm tagenden Vereine da sie doch meistens nur Arbeiter als Mitglieder haben, wollten sie so offen gegen die Arbeiterschaftstellung nehmen, direkt ein Mitgliedschaftsverbot anzunehmen, gehorchen müssen. Leider ist durch Umfrage festgestellt, dass dieses absolut nicht der Fall ist. Herr Barthel, um keiner schwächeren Anspruch zu geben, direkt die Unmöglichkeit sagt, wenn er solche Einwendungen erhebt. Arbeiter von Rothenbach! Wollt ihr euch diese Versklavung und Verhöhnung von euren Gastwirten noch länger gefallen lassen? Es ist beschämend für euch, wenn ihr dieses tun würdet. Haben nicht gerade jetzt die Bergarbeiter Verfassungsfreiheit, nicht? Vorb. und Geingeburzungen, schlechte interne Behandlung, ein rigoroser Strafmaß, alles dies ist heute an der Tagesordnung. Die Gasträume sind derart, dass der Bergarbeiter mit seiner Familie direkt hingehen muss. Egal ein Knappenschatstatut, welches einem jeden Individualen sowie den Witwen und Kindern der Leute zur Hölle macht. Zu guter Letzt kommt jetzt noch der famose Arbeitsnachweis dazu, eine Einrichtung, welche sowohl sie eingeföhrt sein wird, den Arbeitern zum Sklaven degradiert. Kameraden! Wollen wir, welche Zustände noch länger über uns ergehen lassen? Wenn wir das nicht wollen, dann müssen wir dagegen antreten, dazu gehören aber Versammlungslokale. Wenn von euch ist nicht der Streik von 1908 noch Erinnerung? Dieser Streik konnte verhindert werden, wenn die Gastwirte uns das Mittel in die Hand gaben, indem sie ihre Säle zu Versammlungen zur Verfügung stellten, um gegen die damaligen Zustände anzutreten zu können. Wie fragen euren jeden Bergarbeiter, wie erneut heute die Dinge nicht genau wieder so als vor dem Streik 1908? Die Herren Barthel und Brandner sind missachtig, wenn sich dieselben Vorwürfe wie 1908 wiederholen sollten. Ihr Bergarbeiter von Rothenbach! Nehmt in ganz Deutschland fest, dass die gesamte Arbeiterschaft nicht nur in euren bei Wahlen Sieg erringen, auch sonst machen Partei an, Gewerkschaften die größten Fortschritte. In der Loslösung ist die Arbeiterschaft ebenfalls überall siegreich vorgegangen, was sich besonders im Waldenburgkreis in unangeführiger Weise zeigt. Noch vor drei bis vier Jahren stand den Waldenburgern Arbeitern kein einziges Lokal für Versammlungen zur Verfügung und heute? Heute können die Arbeiter in 43 Lokalen alle ihre Angelegenheiten eingehören erledigen und immer neue Lokale kommen hinzu. In Altmässer, Weitzen, Salzbrunn, Götschberg usw. stehen der Arbeiterschaft alle größeren Lokale für alle Zwecke zur Benutzung offen. Um ein ähnliches Verhältnis in Rothenbach herzustellen, sollte vor ganz kurzer Zeit eine Versprechung der dortigen Saalbesitzer stattfinden. Wer aber nicht kann, war Herr Brandner und Herr Barthel? Obwohl die er hoch und heilig versichert, an dieser Versprechung teilzunehmen, war er es gerade, welcher andere Worte davon anzuhören sucht. Arbeiterschaft von Rothenbach! Wie ihr seht, ist alles getan worden, um mit den Gastwirten in Frieden zusammenzukommen, doch wollen diese keinen Frieden, sie wollen den Kampf. Nur qui, wir sind bereit, den Kampf aufzunehmen. Ein jeder gelobe, dass er der Größe eines Brandner sowie eines Barthel solange fern bleibt, bis diese beiden Herren zu einer besseren Einsicht gekommen sind. Ein jeder handele nach der Parole: „Der Wirt, der uns den Saal nicht gibt, bekommt von uns kein Geld.“

**Zabrze (Oberschlesien).** Die organisierten Bergarbeiter von Zabrze Norden, welchen es im laufenden Jahre bis 1908 seit Bestehen der Zabrzestadt gelungen ist, zwei öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel abhalten zu können, bei welchen auch diejenigen Gastwirte zu gegen waren, welche bis dahin glaubten, in der Arbeiterschaftverbindung verdeckt sich der Unruhestifter. Gestanden haben sich entschlossen, an einer dieser Gastwirte heranzutreten und seinen Saal zu Versammlungen in der Winterzeit zu erbitten. Dieser Herr aber, welcher die von den Versammlungen unter freiem Himmel zurückkehrenden Arbeiter sehr gern in seinen Gasthauss einführen ließ und die Großen von diesen „roten Buben“ mit großer Vorliebe einheimste, wollte von der Hergabe seines Saales für Arbeiterversammlungen nichts wissen, ja, er wollte sogar mit den Leuten nicht sprechen. Die Ortsverwaltung der Zabrzestadt Zabrze I wandte sich darauf an die Bezirksleitung, diese sollte einmal versuchen mit dem Gastwirt in Verbindung zu treten. Der Bezirksleiter Rizman machte darauf am 19. November eine schriftliche Anfrage bei dem betreffenden Gastwirt mit der Bemerkung, dass bei unserer Versammlung inner gewerkschaftliche Angelegenheiten erörtert würden. Der Mann ließ auf die Antwort nicht lange warten; schon im nächsten Tag ist dem Kameraden Rizmann folgendes Schreiben zugegangen:

„Zabrze den 20. 11. 1909  
An den Verband der Bergarbeiter  
S. B. (O. S.)

Auf Ihr geschätztes Schreiben vom 19. 11. diene Ihnen zur Kenntnisnahme, dass ich aus nachstehenden Gründen zu meinem Bedauern Ihrem event. Wunsche nicht entsprechen kann, zumal ich meine Saalräume renovieren will den Fußboden während der Frostzeit neu zu errichten lasse muss. Hochachtend! W. Margenstern.

Die schön. Dieses Schreiben klingt nur leider nicht so leidlich nicht die Wahrheit wider. Wie unsere Mitglieder wissen, ist der Saal des Herrn W. Margenstern erst vor nicht langer Zeit renoviert worden und befindet sich in Ordnung. Bis zur Feierzeit könnten nicht eine, sondern mehrere Versammlungen abgehalten werden. Herr Margenstern reagiert über mit der Tonne, des arbeitenden Volkes und denkt dar-

diese Arbeitssklaven wie zuvor bei ihm, mit dem Feuergeiste sich austoben werden und Versammlungen für sie überflüssig sind. Diese Welt ist aber vorbei, Herr Margenstern! Die organisierte Arbeiterschaft von Zabrze-Nord weiß, welche Antwort sie zu geben hat. Sie wird das Sorgen, doch diesem Herrn in Zukunft kein organisierter Arbeit mehr füllig fällt.

### Briefkasten

88 571 H. S. Berthe. Ultimata müssen bezahlt werden, doch wissen wir nicht, wie die Sache in Ihrem Hause liegt. Wenden Sie sich an unser Rechtsbüro in Tilsit, Kaiser Friedrichstraße 18. — R. S. B. Bier. Die Beiträge brauchen nicht gezahlt zu werden, doch rufen Sie diesem Fall auch die Medien in der Regel werden die Beiträge jedoch gezahlt.

### Verbandsnachrichten.

**Unsere Bezirksleiter, Ortsverwaltungen und Funktionär.** machen wir darauf aufmerksam, dass zwischen unserem Verband und dem Centralverband der Maschinen und Heizer nachstehender Vertrag abgeschlossen wurde. Wir ersuchen unser sämtlichen Funktionäre, bei der Agitation, bei Lehrbewegungen usw. die Bestimmungen des Vertrages genau zu beachten und denselben entsprechend handeln zu wollen. Es empfiehlt sich, dieser Vertrag auszuschreiben und aufzubewahren, um ihn jederzeit zur Hand zu haben. Der Vorstand.

#### Karlsruher Vertrag

zwischen dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands (Sitz Bochum) und dem Centralverband der Maschinen und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschland (Sitz Berlin).

#### S. 1.

#### Grund des Kartellvertrags.

Zweck des Vertrags ist ein gezieltes Nebeneinander treten und Zusammenwirken in der Agitation, bei Lohnbewegungen und sonstigen taktischen Maßnahmen.

#### S. 2.

#### Grenzbestimmungen.

1. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands ist die zuständige Organisation für alle im Bergbau (Steinkohlen, Braunkohlen, Erz und Salzbergbau) beschäftigten Personen mit Ausnahme der in den vorbezeichneten Industrien (Kessel- und Maschinenhäusern) beschäftigten Betriebszentralen (Kessel- und Maschinenhäusern) beschäftigten Betriebs- und Fördermaschinen, Gasmotoren, Turbinen- und Kranführern, Schaltbrett- und Akkumulatorwärter, Wasserhaltungsmaßnahmen über und unter Tage sowie Dampfkesselheizer (für welche die Betriebsvorschriften für Dampfkesselbetriebe in Frage kommen); für diese ist der Centralverband der Maschinen und Heizer die zuständige Organisation.

2. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands ist ferner die zuständige Organisation für alle in den Betriebsfabriken (Steinkohlen, Braunkohlen, Erz und Salzbergbau) beschäftigten Personen mit Ausnahme der in den Betriebszentralen (Kessel- und Maschinenhäusern) beschäftigten, der auf den Elevatoren beschäftigten Maschinen, Kranführern und Wasserhaltungsmaßnahmen (als solche gelten diejenigen Personen, deren Arbeitskraft überwiegend durch die Bedienung der Wasserhaltungsmaßnahmen in Anspruch genommen wird), für welche der Centralverband der Maschinen und Heizer die zuständige Organisation.

#### S. 3.

#### Betithand und Übertritt.

Der gegenwärtige Betithand der beiden Verbände soll möglichst entfernt bleiben. Es darf kein Druck auf solche Mitglieder ausgeübt werden, welche innerhalb der Grenzen des anderen Verbandes beschäftigt sind und diesem seit längerer Zeit angehören. Jedoch ist den Betreffenden zu empfehlen, sich ihrer zuständigen Organisation baldigst anzuschließen. Innside Bergarbeiter, welche als solche in den Betriebszentralen und Kesselhäusern beschäftigt werden und Mitglieder des Bergarbeiterverbandes sind, werden hieron nicht berührt und können Mitglieder desselben bleiben.

Der Übertritt erfolgt ohne Erhebung eines Eintrittsgeldes und unter Anerkennung der in der anderen Organisation gezahlten Beiträge. Die Abmeldung und Abrechnung muss ordnungsgemäß erfolgen und die Beiträge müssen bis zum Tage des Übertritts beglichen sein.

#### S. 4.

#### Agitation.

## Bur Beachtung für unsere Mitglieder!

- Jedes Mitglied ist verpflichtet:
- 1) jährlich seine Beiträge zu bezahlen, da sonst Verlust der statutarischen Unterstellungen eintreten;
  - 2) die Ausbreitung des Verbandes wichtig zu sein;
  - 3) durch geistiges Tumerschaftliches Verhalten der Organisation Ehre zu machen;
  - 4) bei der Umfrage oder Abreise von der Sozialstelle abzumelden und in der neuen Sozialstelle anzumelden;
  - 5) bei Krankheitsfällen, wenn eine 52-tägige Mitgliedschaft vorhanden ist, sich nach Ablauf der ersten vierzehn Tage unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und Krankenscheines beim Vertrauensmann zu melden;
  - 6) bei Arbeitslosigkeit, wenn mindestens 62 Wochen volle Beiträge entrichtet sind, sofort beim Vertrauensmann zu melden;
  - 7) an allen Mitglieder-Versammlungen teilzunehmen;
  - 8) die Bestimmungen des Statuts, sowie die Beschlüsse der Verbandsorgane, Verbandslage und Mitglieder-Versammlungen zu befolgen.
- Rechte der Mitglieder siehe §§ 14 bis 23 des Verbandsstatuts.

Jedes Verbandsmitglied ist verpflichtet, seine Beiträge pünktlich zu bezahlen. Mitglieder, welche zwei Monate und länger mit ihren Weltkunden im Rückstande sind, haben bei kommenden Wahlten keinen Anspruch auf Stimmabgebot. Arbeitslosen, Gewahrseligen, Streik- oder Kranken-Unterstellung und Rechtslosen. — Wir ersuchen deshalb alle Mitglieder, in ihrem eigenen Interesse vorstehendes zu beachten.

Die Auslösung der Verbandsbeiträge darf nur gegen Einlieben der Wochenumarken durch den Voten oder den Verteilerverkäufer erfolgen.

### Achtung Bezirksleiter und Ortsverwaltungen!

Aus der Wehrzahl der Bezirke fehlen und noch die Fragen über die getätigten Ortsverwaltungs-Wahlen. — Wir bitten um sofortige Einsendung, damit das Adressenverzeichnis zusammengestellt werden kann.

### Achtung Ortsverwaltungen!

Den diesjährigen Zeitungsausgaben liegt ein rotes Amvert bei, enthaltend den Fragebogen zur Jahresstatistik unseres Verbandes, worauf die Vertrauensleute noch besonders aufmerksam gemacht werden. Sollten einzelne Vertrauensleute nicht in den Bessig des bezeichneten Amvers nebst Inhalt kommen, so bitten wir um schriftliche Mitteilung, damit wir die fehlenden nachlefern können.

### Achtung Verbandsmitglieder des Mühlenbezirks!

Die Auszahlung des Restes der Krankenunterstützung erfolgt von jetzt an erst, wenn der Krankenschein abgegeben und der Abdruck fertig ausgefüllt ist. Der Abdruck des Krankenscheins ist dann bei der Abhebung unserer Krankenunterstützung abzugeben und bleibt bis nach abgeschlossener Kontrolle durch den Bezirksleiter in den Händen der Ortsverwaltung.

### An die Kameraden des Mansfelder Kreises.

Der Verteilung halber werden die Reichsschulglocken wie folgt verteilt: Goslar: Donnerstag, den 23. Dezember, nachm. von 4—7 Uhr; Wolmirstedt: Freitag, den 24. Dezember, vormittags von 10—12 Uhr; Helmstedt: Freitag, den 24. Dezember, nachmittags von 4—7 Uhr.

Für die nächste Woche gilt genau dasselbe, da Neujahr auf den Sonnabend fällt.

**Dortmund.** Beim Besuch der Zahlstellenversammlungen hat jeder Kamerad sein Mitgliedsbuch mitzubringen, welches am Eingang abgestempelt wird, um eine genaue Kontrolle über den Besuch der Versammlungen zu haben.

### Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit der Revisor umfängliche Wege erspart bleiben:

**Bremen.** Um Jahresabschluss werden alle Mitgliedsbücher eingezogen, zwecks Vergleichung mit der Mitgliederliste.

**Eisen-West (Altendorf).** Vom 15. bis 31. Dezember werden alle Mitgliedsbücher eingezogen und vom Bezirksleiter revidiert.

**Herne.** Vom 19. bis 31. Dezember.

**Lindenhorst.** Vom 25. bis 31. Dezember.

**Reinhardshausen.** Vom 10. Januar.

### Krankenunterstützung-Abzahlung.

**Gießen.** Jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat wird in der Wohnung des Kassierers Karl Braukmann, Bamberg Nr. 18, Krankengeld ausgezahlt.

**Wiesbaden.** Krankengeld wird jeden Sonntag von 2—4 Uhr beim Kassierer Leopold Fuhmann, Sterngasse 10, ausgezahlt. Krankenschwestern können nur Sonntags, vormittags von 11—12 Uhr, beim Kassierer Karl Kochsteller II, Hauptstraße 182, ausgezahlt werden.

**Frankfurt.** Unterstützungserwerb merken nur Sonntage von 9—11 Uhr in der Wohnung des Vertrauensmannes ausgezahlt.

**Höchstädt.** Krankengeld wird jeden Sonntag nach dem 10. und 25. Monats, vormittags von 10—12 Uhr, ausgezahlt.

**Nieder-Eppachholz.** Vom 1. Januar 1910 ab haben sich die frankfurternden Mitglieder beim Kassierer August Sandlösen, Um Gedenk, zu melden. Krankengeld wird jeden ersten Sonntag im Monat von 10—12 Uhr im Gewerkschaftshaus ausgezahlt.

### Krankspendemarken.

In folgenden Zahlstellen werden Krankspendemarken à 10 Pf. gelebt:

**Cornap.** Im Monat Dezember.

**Göppingen.** Im Monat Dezember.

**Höchstädt.** Im Monat Dezember.

**Höchstädt.** Im Monat Dezember.

### Kotationsmarken.

**Göppingen.** Im Monat Dezember wird eine Kotationsmarke gesetzt.

**Hechingen.** Im Dezember wird eine Kotationsmarke gesetzt.

**Recklinghausen-Nord.** Im Monat Dezember wird eine Marke gelebt.

### Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

**Groß-Breitenbrunn.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Müller, Gewerkschaftshaus, Fürstengasse.

**Neudorf-Waldenburg.** Jeden Donnerstag nach dem 15. des Monats, abends 6 Uhr, und jeden zweiten Sonntag nach dem 15. nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus Waldenburg.

**Worms.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wagner, Gaststraße.

**Wörrstadt.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer, Marktstraße.

**Wörth.** Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Mon